Morgenausgabe

Nr. 608 / A 306 — 48. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.60 M. (davon 85 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar, Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 5.— M.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
30. Dezember 1931

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Nonpareillezeile 50 Pf. Reklamezeile 5.— RM. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Konferenz in Lausanne?

Vorher Zusammenkunft Macdonald-Laval möglich.

London, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Die „Times" stellen in ihrer Dienstag-Ausgabe fest, daß Macdonalds Brief an Laval von vor Weihnachten datiere und der englische Ministerpräsident seine französischen Kollegen in dem Schreiben zur Mitarbeit an einer Vereinbarung über das Reparationsproblem eingeladen habe. Das Schreiben sei von dem gleichen Geiste beseelt wie dasjenige, das der Premierminister 1924 bald nach seinem ersten Amtsantritt an Poincaré gerichtet habe. Der Brief Macdonalds enthalte jedoch keine ausdrückliche Einladung zu einem Besuch in London. Es sei jedoch keineswegs ausgeschlossen, daß Macdonald und Laval nach Beendigung der vorbereitenden Besprechungen der französischen und britischen Sachverständigen und vor Eröffnung der Internationalen Reparationskonferenz eine Zusammenkunft haben würden.

Der französische Botschafter in London stattete dem englischen Außenminister am Dienstag einen Besuch ab. Gegenstand der Besprechung bildete der Termin der Eröffnung der Internationalen Reparationskonferenz. Als Ort der Konferenz wird hier vor allem Lausanne genannt.

Es bleibt bei der USA.-Weigerung.

London, 29. Dezember.

Nach einer Reutermeldung aus Washington soll Schatzamtssekretär Mills erklärt haben, die Vereinigten Staaten seien auch nicht inoffiziell zu der bevorstehenden Reparationskonferenz eingeladen worden und würden sich auch nicht an ihr beteiligen, selbst wenn sie eingeladen werden sollten.

de Brouckère über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Brüssel, 29. Dezember.

Senator de Brouckère hat im sozialistischen „Peuple" einen Artikel veröffentlicht, in dem er auf die Unlösbarkeit der Reparationsfrage unter den heutigen Umständen hinweist. Deutschland, so führt er aus, könne nicht zahlen. Wenn Frankreich und Belgien Zahlungen verlangen würden und wenn Deutschland unter diesem Druck die Devisenbestände und das Gold der Reichsbank ausliefern müßte, würde die Mark stürzen. Belgien und Frankreich würden in diesem Falle eine verbrecherische Wahnsinnstat verüben. Wenn Deutschland gezwungen werden würde, Zahlungen mit Hilfe seiner ausländischen Guthaben zu leisten, würde sein Kredit schwer darunter leiden. Die Folgen würden für die ganze Welt katastrophal sein.

Um die Abrüstung.

Die größte Konferenz der Weltgeschichte.

Rund zwei Millionen sozialdemokratischer Parteimitglieder und in den freien Gewerkschaften organisierter deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen haben bis jetzt anläßlich der Abrüstungskonferenz durch die Annahme einer der Reichsregierung und dem Völkerbunde zugeleiteten Entschließung ihren Willen zur Sicherung des Weltfriedens durch die Abrüstung der noch nicht entwaffneten Staaten zum Ausdruck gebracht.

Angesichts der drängenden Schuldenfrage bestand bis vor kurzem die Möglichkeit, daß die Konferenz zur Begrenzung und Beschränkung der Rüstungen noch einmal vertagt werden würde. Aber keine Regierung hat sich der Gefahr ausgesetzt, durch einen Antrag auf nochmalige Verschiebung vor aller Welt als Störerin und Feindin des Friedens zu erscheinen. So sind aus fernen Kontinenten die Regierungsdelegierten schon unterwegs, in Europa haben alle Auswärtigen Aemter und Wehrministerien ihre Vorbereitungen abgeschlossen; vielfach sind die Delegationen ernannt. Von Deutschland sind der Reichskanzler Brüning, von England Ministerpräsident Macdonald, von Amerika „General" Dawes als Hauptdelegierte bereits bestimmt. Ein Entwurf für die Arbeitsweise der Konferenz ist aufgestellt: fünf Ausschüsse werden nach den Begrüßungsansprachen und allgemein politischen Darlegungen der Hauptdelegierten sich in die Aufgaben teilen, jeder Ausschuß — für Land-, See-, Luftrüstungen, budgetäre Begrenzung und politische Fragen — wird selber eine Konferenz darstellen, an der 64 Regierungen teilnehmen. Ausnahmslos alle Staaten, alle Völkerbundsmächte, dazu die Sowjetunion, USA., die Türkei sind vertreten: die größte Konferenz der Geschichte beginnt Anfang Februar und wird den größeren Teil des Jahres 1932 hindurch tagen. Was wird ihr Ergebnis sein. Ein Stück Menschheitsfortschritt, etwas Friedenssicherung oder ein neues Aufwühlen unüberbrückbarer Gegensätze, ein neuer Rüstungswettlauf?

Vor 34 Jahren wurde schon einmal eine Konferenz für die Begrenzung der Rüstungen einberufen. Die russische Regierung war 1898 zu finanzschwach, um eine Neubewaffnung der österreichischen Artillerie mit gleichem zu vergelten. Angeregt durch den Bericht einer seiner Beamten über eine pazifistische Tagung kam der Zar Nikolaus II. auf den Gedanken, dem Steigen der Rüstungslasten durch eine Regierungskonferenz Einhalt zu tun. Wie wir heute wissen, lachten die großmächtigen Regenten der Großmächte über diese närrische Idee ihres Kollegen, Rüstungen, diese ureigenste, von jeder Großmacht in selbstgefälliger, grenzenloser Souveränität und Eigenmacht selbst zu erledigende Angelegenheit international, auf einer Konferenz begrenzen und beschränken zu wollen. Aber da es sich um einen gewaltigen Potentaten handelte, wahrte man die Form und sabotierte die Sache so gründlich, daß nach den monatelangen diplomatischen Verhandlungen im Haag 1899 allerseits die Unmöglichkeit festgestellt wurde, die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden. Nur mit einer Kodifikation des Kriegsrechtes und den ersten zaghaften und gänzlich unverbindlichen Anfängen der Schiedsgerichtsbarkeit kam man wieder in die heimischen Amtszimmer zurück. Am Dogma der Souveränität, an der monarchisch-machtstaatlichen Lehre von der Unvereinbarkeit irdischer Bindungen mit der Selbstherrlichkeit der Könige und Kaiser, soviel rüsten und Kriege führen zu dürfen, wie Ihnen beliebte, zerbrach der erste Versuch vom Haag nicht minder wie der zweite von 1907. Er ließe sich in seinen Flottenbau nicht hineinreden, erklärte Wilhelm II., und inmitten des von der Rüstungsindustrie aller Länder aus Profitgier aufgepeitschten Rüstens rangen auf dem europäischen Kontinent nur die Arbeiterschaft und wohlmeinende bürgerliche Liberale um die Verwirklichung der Idee, dem Wahnsinn durch internationale Vereinbarung Einhalt zu tun.

Während des Weltkrieges erhob sich über der leidenden und sich mordenden Menschheit die Idee der Abrüstung. Im Munde des amerikanischen Demokraten Wilson fand sie die allgemeingültige Formel: allgemeine Abrüstung hinunter bis zu dem mit der inneren Sicherheit verträglichen Maß. Aber geschichtsbildende Kraft hat diese Ideologie bislang nur dem Besiegten gegenüber bewährt: Deutschland wurde entwaffnet; über 83 000 Geschütze und Minenwerfer, 107 000 Maschinengewehre, über 6 Millionen Stück Gewehre, Revolver und Pistolen, 39 Millionen Stück Artilleriemunition, fast eine Milliarde Stück Handwaffenmunition, 14 000 Kriegsflugzeuge, 27 750 Flugzeugmotoren, 26 Schlachtschiffe und 19 Kreuzer, 83 Torpedo- und 315 Unterseeboote wurden abgeliefert und vernichtet, an einer Stelle inmitten Europas die Wehrpflicht abgeschafft, die Ausbildung von Reserven unterbunden und die Reichswehr etwa nach dem Muster einer Berufsarmee des 18. Jahrhunderts organisiert, ohne schwere Geschütze, Kriegsflugzeuge und Tanks.

Hessens Zentrum gegen Nazis.

Hitler-Diktatur abgelehnt.

Darmstadt, 29. Dezember.

Die Erörterungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die etwaige Bildung einer Koalitionsregierung in Hessen, die bisher stets auf dem Papier erfolgten, werden heute in gleicher Weise in einem offenbar offiziösen Zentrumsartikel fortgesetzt. Darin wird den Nationalsozialisten erneut gesagt, sie müßten es sich, solange sie nicht die Mehrheit hätten, schon gefallen lassen, daß die andere Partei sich nicht unter ihre Diktatur begebe. Ferner wird betont, das Zentrum könne sich nicht mit der eidlich erhärteten Legalitätserklärung Hitlers begnügen, weil gewisse Vorgänge in der Partei in Vergangenheit und Gegenwart berechtigte Zweifel daran aufkommen ließen, daß der oberste Führer seine Unterführer noch immer ganz in der Hand habe.

Offenbar hat man im Zentrum den Eindruck, daß die NSDAP. die Regierungsverantwortung gar nicht auf sich nehmen will, und begründet das mit folgenden Sätzen: „Bei den kommenden Preußenwahlen wird die NSDAP. ihre ganze Agitation auch gegen das Zentrum richten. Wenn sie dabei in Hessen gleichzeitig mit dem Zentrum in Koalition stünde, würde das ihren politischen Kampf erheblich lähmen und erschweren. Es war deshalb von vornherein nicht zu erwarten, daß sich in diesem Zeitpunkt die NSDAP. mit einer solchen Koalition belasten werde. Sie hat ihre Stärke sicher nur bewiesen in der Organisation und Ausbreitung der Partei. Wieweit sie imstande ist, positive Arbeit zu leisten, dafür ist sie den Beweis noch schuldig geblieben, und sie wird wenig Lust haben, ihren Wählern vor den Preußenwahlen das Schauspiel eines Versagens zu bieten."

Auwi im Gefängnis.

Es wird uns geschrieben:

In Bramsche bei Osnabrück wurde ein Reichsbannermann von einem Nazimann namens Schmidt unter Umständen erstochen, die selbst die NSDAP. veranlaßten, Schmidt abzuschütteln und zu behaupten, daß sich der Mörder durch die Tat aus der Partei ausgeschlossen habe. Die örtliche Nazi-Leitung richtete zugleich einen Brief an den Magistrat, in dem sie ebenfalls von dem Nazimörder abrückte. Wie gemein der Nazi-Messerheld vorging, zeigt die Aussage eines Nachtschutzmannes über die Mordtat vor Gericht:

„Ich hörte Lärm, und da ich Schmidt an der Stimme erkannte, ging ich auf ihn zu, um ihn aus dem Tumult herauszuholen. Ich sah, daß Schmidt mit einem offenen Messer auf die andere Straßenseite lief und sich auf den dort stehenden Kropp stürzte. Vorher wußte ich nicht, wer die betreffende Person war. Schmidt lag auf der betreffenden Person, und wurde von den anwesenden Personen auf die Seite gerissen. Hierbei schlug er mit dem Messer um sich und muß hierbei den Former Wobker nochgestochen haben. Im Handumdrehen war Schmidt in seiner unmittelbar in der Nähe liegenden Wohnung verschwunden. Ich begab mich darauf mit dem Arbeiter Wittig in die Wohnung des Schmidt. Hier trafen wir die Mutter, die ihrem Sohn den blutigen Kopf abwusch. Schmidt schimpfte, ich hätte hier nichts zu suchen, ich solle das Haus verlassen. Da ich gegen den Wüterich machtlos war, bin ich weggefahren und habe polizeiliche Hilfe geholt."

Der Mörder Schmidt sitzt zur Zeit im Gefängnis, wo er trotz der Schwere seines Verbrechens den Besuch des Nazi-Prinzen Auwi empfing und wo ihm einige Tage später eine Sendung Hitlers mit dessen Bild und seiner eigenhändigen Unterschrift ausgehändigt wurde. Damit haben sich Auwi und Hitler mit dem gemeingefährlichen Schwerverbrecher Schmidt identifiziert. Sein Hinauswurf aus der Nazi-Bewegung war nur vorübergehend und nur für die dummen Spießbürger bestimmt, die zeitweilig noch etwas Gemüt im Leibe haben.

Benesch vernimmt Wanjek.

Licht über den Anzeiger.

Prag, 29. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Legationssekretär der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Moskau, Wanek, der von der russischen Regierung beschuldigt wird, einen Attentatsplan gegen den japanischen Botschafter in Moskau vorbereitet zu haben, ist am Dienstag in Prag eingetroffen. Er erstattete sofort dem Auswärtigen Amt Bericht. Amtlich wird darüber u. a. folgendes mitgeteilt:

Das Verhör Waneks und die bisherigen Erhebungen bestätigen in vollem Maße die Unwahrscheinlichkeit und Unrichtigkeit der gegen ihn erstatteten Anzeige. Legationssekretär Wanek war zwar seit dem Jahre 1928 in zeitweiligem Verkehr mit dem Angestellten des Verkehrskommissariats Godicky, der ihm hier und da schwer zugängliche Theaterkarten in Moskau verschaffte, führte jedoch nie mit ihm politische Gespräche und versuchte nie, etwas von ihm zu erfahren. Um so weniger machte er ihm die Vorschläge, von denen die Anzeige gegen ihn spricht. Beim Verhör Waneks wurde ferner festgestellt, daß Godicky dieselbe Person ist, die im Sommer dieses Jahres einen tschechoslowakischen Kanzleibeamten in Moskau in eine fremde Wohnung verschleppte, wo ihn Beamte der GPU. verhafteten und durch Drohungen Informationen von ihm erpressen wollten, die die tschechoslowakische Vertretung in Moskau kompromittieren sollten.

Hetze gegen die Sowjetunion.

Ein Sowjetangestellter in Moskau zeigt der Staatspolizei an, daß ihn ein tschechoslowakischer Diplomat zu einem Attentat auf den japanischen Botschafter angestiftet habe. Er wird verhaftet und der Diplomat auf Verlangen des Narkomindjel (Auswärtiges Amt) von seiner Regierung heimberufen. Auf der Rückfahrt erklärt er in Warschau die gegen ihn erhobene Beschuldigung für grundlos.

Dies haben wir in zwei aufeinanderfolgenden Nummern mitgeteilt, ohne selbst eine Meinung über diese russische Anklage gegen den Tschechen zu äußern. Das genügt dem mittäglichen Münzenberg-Blatt, dem „Vorwärts" — Hetze gegen die Sowjetunion nachzusagen.

Wie sagt der Berliner: Da stehste machtlos vis-à-vis.

Alle übrigen Staaten blieben gerüstet und zum Aufrüsten frei. Nur die Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages erklärt, daß die deutsche Entwaffnung vorgenommen wird, „um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen", eine politische Verpflichtung gegenüber dem Entwaffneten, die in den Friedensverhandlungen von Clemenceau noch einmal unterschriftlich bestätigt wurde. Untereinander banden sich die Siegermächte und alle Völkerbundsstaaten durch den Artikel 8 des gleichen Vertrages (zugleich Artikel 8 der Völkerbundssatzung) an den Grundsatz:

„Die Aufrechterhaltung des Friedens erfordert eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß, das mit der nationalen (also äußeren, nicht mehr wie bei Wilson der innerest) Sicherheit vereinbar ist."

Die Rüstungshoheit, die souveräne Willkür, nach Belieben rüsten zu dürfen, wurde 1919 von der Demokratie zwar ideologisch überwunden, praktisch aber harrt, noch immer völlig einseitig und allein entwaffnet, Deutschland seit 1919 auf die Einlösung der gemachten Zusagen und auf die Verwirklichung der damals angenommenen Grundsätze. Abgesehen von Deutschland und seinen Schicksalsgenossen in der Niederlage sind die Staaten noch heutzutage so ungebunden und aufrüstungsfähig und im Wettlauf um die stärkere Rüstung begriffen, wie sie vor 1914 es waren.

Immerhin hat es sich wenigstens in dem engeren Rahmen der Seerüstungen der fünf größten Seemächte gezeigt, daß es auch ohne Wettrüsten geht. 1922 in Washington und 1930 in London wurde, bis auf einige Restbestände, dem Seewettrüsten zwischen England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien in der Hauptsache und bis etwa 1936 ein Ende gesetzt. Aber auch das nicht vollkommen und auch das erst, als die Arbeiterklasse in Gestalt der zweiten britischen Arbeiterregierung die Regierung einer Großmacht angetreten hatte. Ebenso wurde nur und erst dadurch, daß die Labourpartei die Außenpolitik Englands leitete, die vor dreizehn Jahren in Aussicht genommene und immer wieder verschobene allgemeine Abrüstungskonferenz endlich auf den Februar 1932 angesetzt. Das Gleichgewicht zwischen den auf Erhaltung des Friedens und den auf Steigerung der Rüstungen gerichteten gesellschaftlichen Tendenzen hatte solange bestanden, bis die Arbeiterschaft wenigstens in einem Großstaat zur Macht gelangt war und dadurch den Ausschlag zur Festsetzung der Konferenz gegeben hatte. Und gleichsam als geschichtliches Symbol wirkt es, daß kein adliger Diplomat, aber auch kein bürgerlicher Politiker, sondern der Arbeiterführer und ehemalige Präsident der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Arthur Henderson, zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz gewählt worden ist. Und dieses beispiellose Ereignis der diplomatischen Geschichte wird noch dadurch um so beispielloser, daß der jetzt Achtundsechzigjährige nicht Mitglied einer Regierung, sondern eine von allen amtlichen und staatlichen Bindungen freie Privatperson ist: an dem Platze, den sonst die Fürsten Metternich oder Bismarck, die Anwälte, Journalisten und Professoren Wilson, Lloyd George und Clemenceau einnahmen, steht ein Arbeiter und Weltbürger als Präsident des Großen Kongresses.

Wenn in irgend jemand, so darf das deutsche Volk in Arthur Henderson das Vertrauen setzen, daß er unparteiisch und realistisch alles tun wird, was in der Fähigkeit eines einzelnen Menschen liegt, damit sich alle Regierungen die wohltätigen Bindungen der Rüstungsbegrenzung auflegen und dabei auch der deutschen Nation gleiche Behandlung zuteil wird. Ob freilich die Rüstungsindustrie, der allgemeine Nationalismus und der Militarismus namentlich Frankreichs einen Erfolg der Konferenz zulassen werden, steht noch dahin. Auf der anderen Seite hat sich an die Seite der internationalen Arbeiterschaft und einer auf den Konferenzerfolg eingestellten deutschen Außenpolitik das drückende Schwergewicht der tiefgehenden Wirtschaftskrise mit ihren wachsenden Steuerlasten und dem Zwang zu Einsparungen gesellt.

Was aber immer der Ausgang des Kampfes um die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen und die Gleichbehandlung Deutschlands auf dieser Konferenz sein mag: der Kampf um den Frieden ist stärker als je entbrannt und jetzt gilt es, ihn zu gewinnen.

Ungeschickte Rechtfertigungsversuche.

Ein neuer Feldzug hat in der französischen Presse gegen die angeblichen deutschen Geheimrüstungen eingesetzt. Wie immer nimmt der nationalistische elsässische Senator Eccard an diesem Feldzug hervorragenden Anteil. Die zeitliche Nähe der Abrüstungskonferenz läßt den Zweck dieser Propaganda deutlich erkennen, die übrigens auch in englisch-konservativen Kreisen lebhaften Anklang findet.

Wie nicht anders zu erwarten war, spielen in den Anschuldigungen gegen Deutschland das Breslauer Spionageurteil gegen einen polnischen Staatsangehörigen, der Material über den Stahlhelmtag gesammelt hatte, und das Leipziger Reichsgerichtsurteil gegen Ossietzky-Kreiser wegen „Landesverrates" eine erhebliche Rolle. Deshalb bemüht sich die offiziöse „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz" um den Nachweis, daß diese beiden Urteile zumindest formal nach der deutschen Rechtsprechung gerechtfertigt waren.

Wir möchten demgegenüber den maßgebenden Stellen, nach deren Weisungen die genannte Korrespondenz redigiert wird, den dringenden Rat geben, auf solche Rechtfertigungsversuche zu verzichten, die den Schaden nur vermehren können, den diese beiden Urteile angerichtet haben. Wenn etwas geeignet war, diesen Schaden wenigstens etwas zu verringern, so war das die — auch in der Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erwähnten und bisher unwidersprochen gebliebenen — Behauptung, daß das Auswärtige Amt dringend vor der gerichtlichen Verfolgung der Weltbühnen-Angelegenheit gewarnt hätte. Jeder nachträgliche Versuch, das Breslauer und das Leipziger Urteil offiziös zu verteidigen, ist nur Wasser auf die Mühlen derer, die im Ausland die Existenz großer Scheinrüstungen in Deutschland behaupten.

Die Richter von Breslau und Leipzig haben objektiv den denkbar schlechtesten Dienst ihrem Lande erwiesen. Der Schaden, den sie angerichtet haben, ist viel größer als alle angeblichen „landesverräterischen" Veröffentlichungen, über die sie zu Gericht saßen. Wir meinen, daß das mehr als genug ist und daß, je näher die Abrüstungskonferenz herannaht, desto mehr die zuständigen Stellen darauf bedacht sein müssen, diesen Schaden nicht noch durch überflüssige, ungeschickte und obendrein noch sehr anfechtbare formalrechtliche Darlegungen zu vermehren.

Postkarte 7 Pfennig.

Ermäßigung der Postgebühren. — Telegrammspesen bleiben ungesenkt.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost beriet am Dienstag eingehend die Vorlage, die der Reichspostminister zur Senkung wichtiger Post- und Fernmeldegebühren gemacht hatte. Es wurde beschlossen, dem Plenum des Verwaltungsrats zu empfehlen, die Vorlage der Verwaltung mit gewissen Modifikationen anzunehmen. In Abweichung von der ursprünglichen Vorlage soll die Gebühr für die Fernpostkarte von 8 auf 7 Pf. ermäßigt werden, dafür aber die von der Verwaltung vorgeschlagene Ermäßigung der Telegramgebühren und der Postwurfsendungen unterbleiben.

Unter der Voraussetzung, daß das Plenum des Verwaltungsrats am heutigen Mittwoch dem Beschluß seines Arbeitsausschusses zustimmt, werden also gesenkt werden: die Gebühren für Drucksachen, für gewöhnliche Pakete, für die Orts- und Ferngespräche sowie für die Nebenstellenanlagen in der vom Reichspostministerium vorgeschlagenen Form und darüber hinaus die Gebühren für eine Fernpostkarte von 8 auf 7 Pf. Es soll damit eine Regelung getroffen werden, die sowohl der Ankurbelung der Wirtschaft dienlich ist wie auch im Interesse der breiten Massen unseres Volkes, soweit das eben in den Kräften der Deutschen Reichspost steht.

*

Im Gegensatz zu der ursprünglichen Vorlage des Reichspostministeriums hat sich also der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost doch zu einer Konzession bei den Postkartengebühren entschlossen.

Dieses Zugeständnis ist aber völlig ungenügend und entspricht auch nicht annähernd den Mindestforderungen, die die Oeffentlichkeit bei der Preissenkung der Reichspost mit Recht erhebt. Weder das überteuerte Briefporto, noch die Fernsprech-Grundgebühren und die Rundfunkgebühren sind in ihrer jetzigen Höhe haltbar. Wir hoffen, daß der Verwaltungsrat der Reichspost, dessen Plenum heute die letzten Beratungen abhält, diese Vorlage nicht annehmen wird.

Der bewaffnete Radikalismus.

Forderungen der Länder-Polizeiminister.

Der zuständige Referent im Reichsministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Hoche, nimmt im Reichsverwaltungsblatt zu den neuen waffenrechtlichen Vorschriften Stellung und berichtet über die Verhandlungen, die zu der neuen Notverordnung geführt haben:

Ungeachtet einer Fülle gesetzlicher Bestimmungen, die der Verhinderung unbefugten Waffengebrauchs dienen, ist die Zahl der Fälle, in denen mit Waffen aller Art Gewalttätigkeiten begangen werden, erschreckend groß geblieben. Eine gewisse Abwanderung von den Schußwaffen zu den Hieb- und Stoßwaffen ist allerdings in letzter Zeit festzustellen gewesen. Aber die Meinung, daß es sich hierbei um weniger gefährliche Waffen handele, wäre durchaus verfehlt. Deiche und Stilette sind Waffen, die in Gefährlichkeit den Revolvern und Pistolen in nichts nachstehen. Immer wieder tauchen neue Formen solcher Waffen auf (Siegelringe mit aufklappbarem Dorn, Feldflaschen mit feststehender Messerklinge im Verschluß), bei denen sich ein Erfindergeist betätigt, der einer besseren Sache wert wäre.

Die bisherigen Gesetze haben sich praktisch nicht als wirksam genug erwiesen, um diese Wildwestzustände zu verhindern.

Die Polizeiminister der deutschen Länder, die diese Verhältnisse aus ihrer Praxis am besten zu beobachten in der Lage sind, die auch eine nicht geringe Zahl pflichttreuer Polizeibeamter als Opfer von Waffendelikten zu beklagen haben, haben übereinstimmend von der Reichsregierung eine Verschärfung der bestehenden Vorschriften gefordert.

Der unkontrollierte Waffenbesitz war der Hauptpunkt, bei dem eine neue gesetzliche Regelung einsetzen mußte. Denn daß heute viel zu viele Personen im Besitze von Schußwaffen sind, wird nicht gut bezweifelt werden können. Eine allgemeine Entwaffnungsaktion durchzuführen, wie dies im Jahre 1920 mit beträchtlichem Erfolg durch Einsetzung eines besonderen Reichskommissars mit weitgehenden Befugnissen geschehen ist, war jedenfalls zur Zeit aus verschiedenen Gründen (großer Verwaltungsaufwand mit erheblichen Kosten) nicht angebracht. Zu erwägen war weiter ein allgemeines Besitzverbot, verbunden mit einer Ablieferungspflicht, mit Ausnahme für bestimmte Personen. Hiervon konnte man sich keinen Erfolg versprechen. Ein allgemeines Besitzverbot hat in Deutschland auf Grund der Verordnung der Volksbeauftragten vom 13. Januar 1919 bis zum Inkrafttreten des Schußwaffengesetzes, also fast zehn Jahre hindurch, bestanden. Es hat sich aber praktisch als unwirksam erwiesen, da es von denen, die es anging, nicht beachtet worden ist und der Staatsgewalt zu seiner Durchführung nicht die genügende Möglichkeit gegeben war.

Die neue Verordnung sucht daher einen anderen Gedanken zu verwirklichen. Sie will der Polizei die Möglichkeit geben, in besonders gefährdeten Bezirken den Waffenbesitz zu verbieten und dieses Verbot dadurch durchzuführen, daß sie alle Waffen, die sie in solchen Bezirken findet, fortnehmen kann.

Predigt für die Hühner.

„Altmodische Dinge" sind nötig!

In dem Jahresbericht der Handelskammer Bremen heißt es über Kapital, Arbeit und Sparsamkeit:

Die Bedeutung des Kapitals für Volks- und Weltwirtschaft ist seit langem nicht für jedermann so grausam offenbar geworden, wie in diesen Zeiten der Geldnot, in denen soviel wie nie zuvor von Milliarden gesprochen und geschrieben wird, die uns leider fehlen. Aber diese Zeiten werden **so altmodische Dinge wie Arbeit und Sparsamkeit wieder zu Ehren bringen** und zwar überall und in allen Schichten der Bevölkerung, wo der Sinn hierfür abhanden gekommen war. Dann muß auf die Dauer ein Gleichgewicht in Ausgaben und Einnahmen des Volkes wie des Staates entstehen, und es wird sich dann auch die Arbeitsgelegenheit vermehren und der allgemeine Wohlstand wieder heben. Nur so gewinnen wir den festen Boden unter den Füßen wieder, den wir im Augenblick verloren haben. Andere Wege gibt es nicht.

Diese schönen moralinsauren Betrachtungen über Arbeit und Sparsamkeit lesen sich besonders erfreulich in dem Bericht einer Handelskammer, deren Präsident lange Jahre und bis vor wenigen Monaten Carl Vahusen gewesen ist, dessen Schlösser inzwischen versteigert werden. Es ist nur schade, daß die Fuchspredigt nicht die Unterschrift des gewesenen Nordwollepräsidenten tragen kann. Die Wirkung wäre nicht geringer gewesen.

Die Kündigung von Mietverträgen.

Wann ist die außerordentliche Kündigung ausgeschlossen?

Zu der Frage der Mietkündigung wird von amtlicher Seite noch folgendes mitgeteilt:

1. Bekanntlich ist die vorzeitige Kündigung von Mietverträgen ausgeschlossen, wenn sich der Vermieter und der Mieter im Jahre 1931 auf eine Ermäßigung des Mietzinses um mindestens 20 Proz. geeinigt haben. Die Höhe dieser Ermäßigung ist nicht wie bei der ab 1. Januar 1932 eintretenden Mietsenkung von der Friedensmiete, sondern von der tatsächlich gezahlten Miete zu berechnen, wobei allerdings Heizungskosten, Fahrstuhlkosten und andere Nebenleistungen nicht mitgerechnet werden, sofern sie, wie z. B. bei Geltung der gesetzlichen Miete, besonders zu berechnen sind, die gesetzlichen Umlagen (Grundvermögensteuerzuschläge) gehören zur gesetzlichen Miete und sind daher mitzurechnen. Die Feststellung, ob bei einer im Jahre 1931 vereinbarten Mietermäßigung der Betrag von 20 Proz. erreicht ist, kann im Einzelfall Schwierigkeiten machen. Folgendes ist zu beachten. Auszugehen ist von der Mietshöhe, die zu der Zeit galt, als die Vereinbarung getroffen wurde. Bestand der Vertrag also längere Zeit und war die Miete schon vor 1931 ermäßigt worden, z. B. von 120 M. monatlich auf 100 M., so darf nicht die ursprünglich vereinbarte Miete für die Berechnung der Ermäßigung zugrunde gelegt werden, sondern nur der für 1931 noch geltende Betrag von 100 M. War im Jahre 1931 mehrmals ermäßigt, so ist die erste Ermäßigung der Berechnung zugrunde zu legen. Hat z. B. der Vermieter von einer Monatsmiete von 100 M. zunächst im Januar 1931 10 Proz. ermäßigt, so daß der Mieter nur noch 90 M. monatlich zu zahlen hatte und sind dann im April durch eine zweite Vereinbarung dem Mieter von diesen 90 M. noch einmal 10 Proz. ermäßigt, so daß er nur noch 81 M. zu zahlen hatte, so wären im Sinne der Verordnung volle 20 nicht ganz erreicht; denn dazu wäre nötig, daß ihm 20 Proz. von den bei der ersten Mietherabsetzung zu zahlenden 100 M. ermäßigt wurden, er also künftig nur noch 80 M. zu zahlen hatte.

2. Vielfach sind im Mietvertrag sogenannte Staffelmieten vereinbart, d. h. der Mietzins ist für die einzelnen Abschnitte der Vertragszeit in verschiedener Höhe festgesetzt. Beispiel: Der Vertrag läuft ab 1. Januar 1929; für das Jahr 1929 sollen 100, für 1930 sollen 150, für 1931 sollen 200, für 1932 sollen 250, für 1933 sollen 300 M. monatlich gezahlt werden. Bei der Berechnung der 20prozentigen Ermäßigung, die, wie gesagt, im Jahre 1931 vereinbart sein muß, ist von dem Stande zur Zeit der Vereinbarung auszugehen, und zwar muß die Ermäßigung so bemessen sein, daß der Mieter von dem Tage ab, an dem die Ermäßigung eintreten soll, dauernd von dem jeweils zu zahlenden Betrage 20 Proz. weniger zu zahlen hat als vor dem Eintritt der Ermäßigung zu zahlen gewesen wäre. Sollte also im angegebenen Beispiel die Ermäßigung schon im Jahre 1931 eintreten, so mußte sie so bemessen sein, daß der Mieter im Jahre 1931 statt 200 nur 160, im Jahre 1932 statt 250 nur 200 und im Jahre 1933 statt 300 nur 240 M. zu zahlen hat.

Die Wasserstraßenverwaltung.

Preußen, Bayern und die Pläne des Reichs.

Die von der Reichsregierung geplante Uebernahme der Wasserstraßenverwaltung stößt außer bei Bayern auch bei Preußen auf Widerstand, so daß sich die für den 15. Januar angesetzten Verhandlungen des Reichsverkehrsministeriums mit den Länderregierungen über das strittige Problem nicht ganz einfach gestalten dürften.

Preußen bestreitet vor allem, daß das Reich bei der Uebernahme der Wasserstraßenverwaltung im Vergleich zu den bisherigen Ausgaben für diese Verwaltung einen Betrag von 2 Millionen Mark spart. Im übrigen sei die Wasserstraßenverwaltung bisher so gehandhabt worden, daß der Reichsverkehrsminister seine Anordnungen den regionalen Länderbehörden übermittelt habe, nur bei ganz wichtigen Angelegenheiten sei die Landesregierung selbst eingeschaltet worden. Ginge es jetzt nach den Plänen des Reiches, dann würden in Zukunft zwei getrennte Behörden über Wasserstraßenfragen befinden müssen, die Reichs- und Länderbehörden. Das bedeute einmal eine Erschwerung des Verkehrs mit dem Publikum durch doppelten Schriftverkehr, außerdem aber werde auch ein Ausgleich der verschiedenartigen Interessen erschwert.

Tschitscherin.

Ein russisches Dementi.

WTB. meldet: In einigen Berliner Blättern wurden phantastische aus Moskau stammende Gerüchte über den früheren Volkskommissar des Aeußeren Tschitscherin wiedergegeben. Wir werden von sowjetrussischer Seite ermächtigt, festzustellen, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren. Herr Tschitscherin bezieht die normale Beamtenpension und lebt in durchaus auskömmlichen Verhältnissen.

Viele Mieter enttäuscht

Was man uns schreibt — Mietsenkung oft unzulänglich — Vorsicht bei Kündigungen

Die Mehrzahl der Berliner Neubaumieter hat in diesen Tagen bereits den Bescheid über die Mietsenkung erhalten. Wir geben nachstehend Eindrücke wieder, wie sie uns in Briefen der meist enttäuschten Neubaumieter geschildert werden. Ueber die Ausführungsbestimmungen der Mietnotverordnung wird der „Vorwärts" noch den Kommentar eines hervorragenden Sachkenners veröffentlichen.

Der erste Eindruck ist meistens die außerordentlich große Differenz der Prozentsätze, um die die Monatsmieten ab Januar 1932 gesenkt werden. So gibt es Neubaublocks in Lichtenberg, Reinickendorf, Steglitz und Lichterfelde, in denen die Hauswirte den Mietern mitgeteilt haben, daß sich rechnungsmäßig keine Mietsenkung ergibt. Dabei liegt dem Reichsbund Deutscher Mieter ein besonders krasser Fall vor. Hier haben Mieter in der Zeit der Konjunktur zu sehr hohen Mietsätzen gemietet. Es müssen gezahlt werden pro Jahr und Quadratmeter Wohnraum 21 Mark, dazu 25 Proz. Zuschlag für Heizung. Diese hohen Mieten müssen gezahlt werden trotz einer billigen Hypothek, die die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu 6 Proz. gegeben hat. Da sich diese 6 Proz. nicht ermäßigen, gehen auch die Mieter leer aus.

Auf der anderen Seite gibt es allerdings auch Neubaublocks, deren Mieter in einer günstigen Lage sind: in einem Fall aus Lankwitz werden 14, in einem anderen sogar 18 Proz. gesenkt. Das bedeutet immerhin eine fühlbare Erleichterung, leider bilden solche Fälle spärliche Ausnahmen. Meist erreicht die Mietsenkung für Neubauten nicht den Prozentsatz der für Altwohnungen angesetzten Mietsenkung. Da sich die Verbilligung der Miete nach der Belastung der Grundstücke richtet und diese in Groß-Berlin völlig verschieden sind, herrscht ein großes Durcheinander. Es gibt, um ein Beispiel zu nennen, in Pankow Häuser, in denen nichts gesenkt wird, in anderen 5, in weiteren wieder 7 Proz. Viele Steglitzer Neubaumieter haben Bescheid erhalten, daß ihre Mieten nur um 3 Proz. gesenkt werden. Naturgemäß ist die Enttäuschung der Mieter bei diesen geringen Abstrichen sehr groß.

Kündigung: ein zweischneidiges Schwert.

Es kommt hinzu, daß auch durch die Anwendung des in der Vierten Notverordnung vorgesehenen Kündigungsrechtes nicht viel erreicht werden kann. Eine Reihe von Mietern hat, gewissermaßen in der ersten Hitze, von diesem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht. Nach drei Tagen kamen jedoch schon Wohnungssuchende, denen der Preis der gekündigten Wohnung günstig erschien und die daraufhin mit dem Hauswirt sofort Vertrag machten. Jetzt sind die bisherigen Mieter gezwungen, am 1. April kommenden Jahres sang- und klanglos auszuziehen. Sie haben also die hohen Umzugskosten aufzubringen, vor allem müssen sie sich aber erst einmal eine neue Wohnung suchen. Der Weg zu einer billigen, oder besser gesagt preiswerten Altwohnung ist ihnen versperrt. Vor zwei bis drei Jahren können sie nicht auf die Zuweisung einer Altwohnung rechnen. Eine andere Neubauwohnung zu mieten, hieße vom Regen in die Traufe kommen, zumal es den Anschein hat, als ob die Hauswirte der bisher leerstehenden Neubauwohnungen die Konjunktur nutzen und recht hohe Mietsätze verlangen. Denn diejenigen, die im ersten Eifer gekündigt haben und nun ultimo März ziehen müssen, wollen ja am 1. April wieder ein Dach über dem Kopf haben.

Gemeinsames Vorgehen der Neubaumieter.

Wenn also die Druckmittel der Mieter, eine höhere Mietsenkung durchzusetzen, nur gering sind, dann haben aber die fast überall abgehaltenen Mieterversammlungen den Erfolg gehabt, daß den Mietverträgen einige Giftzähne ausgebrochen werden konnten. Die langen Laufzeiten der Mietverträge sind besonders abbaubedürftig. Durch die Wahl von Kommissionen in den Neubauten, die bei den Hauswirten vorstellig wurden, ist erreicht worden, daß die Hauswirte vielfach eine kürzere Vertragsdauer zugestanden haben. Denn kein Werktätiger ist heute in der Lage, zu taxieren, wie seine wirtschaftliche Position in einem Jahrzehnt sein wird.

Unter diesen Umständen haben auch die anfänglich stark einsetzenden Kündigungen in den Neubauten wieder stark nachgelassen. Mehr Gebrauch von ihrem Kündigungsrecht machen dagegen die Werk- und Büro-Raummieter. Diese Mieter, die oftmals 300 bis 400 Proz. der Friedensmiete zahlen müssen, dürften keine Schwierigkeiten haben, am 1. April wo anders billigere Räume zu finden. Anders liegen die Dinge schon wieder bei den Mietern von Ladenräumen. Zweifelsohne möchte fast jeder Mieter eines Ladens, der nicht mit einer Wohnung verbunden ist, also nicht mehr unter die Schutzbestimmungen fällt, von seiner hohen Miete loskommen. Nun richtet sich aber der Wert eines Ladens durchaus nicht nach der für ihn gezahlten Miete. Hierbei spielen vielmehr die Fragen der Geschäftsgegend und des Kundenkreises eine erhebliche Rolle. Kündigt der Ladeninhaber, dann mag er in einer anderen Gegend vielleicht einen billigeren Laden finden, er hat damit jedoch noch lange keine Kundschaft gefunden. Deshalb machen auch Ladeninhaber nur wenig von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Kaum ein Hauswirt hat also Veranlassung, über Vergewaltigung zu schreien und aufgeregte Protesttelegramme an den Reichspräsidenten zu schicken, wie es gemacht worden ist.

Neujahrsnacht-Verkehr.

Der Silvesterbetrieb der BVG. — Durchgehender Nachtbetrieb auf fast allen Linien.

Die Städtische Verkehrsgesellschaft hat für die Silvesternacht einen besonderen Fahrplan aufgestellt, der einen durchgehenden Nachtbetrieb auf der gesamten Hoch- und Untergrundbahn und bei fast allen Linien der Straßenbahn und bei einigen Linien des Omnibusverkehrs vorsieht. Die großen Ringlinien der Straßenbahn werden ausnahmslos im 15-Minuten-Verkehr die ganze Nacht durchfahren. Bei den anderen Linien hat man nur wenige vom Nachtverkehr ausgeschlossen. Beim Omnibus ist durchgehende Fahrzeit angeordnet für die Linien A 5 und A 20. Die anderen Linien verkehren in der Regel bis kurz vor 6 Uhr. Beim Omnibusverkehr wird man bei Bedarf einen 7-Minuten-Verkehr einhalten. Auf sämtlichen U-Bahnhöfen und in den Wagen der Straßenbahn und der Autobusse hängen Plakate aus, die den genauen Fahrplan angeben.

Der neue verbilligte Verkehrstarif der BVG. tritt schon vom 31. Dezember, also von Donnerstag früh an in Kraft. Wir geben nochmals nachstehend die neuen Fahrpreise bekannt:

Straßenbahn mit Umsteigeberechtigung auf Straßenbahn oder U-Bahn 25 Pf.;

U-Bahn mit Umsteigeberechtigung zur Straßenbahn 25 Pf.;

Omnibus: Einzelfahrt 25 Pf., Umsteiger 30 Pf.

Auf der U-Bahn und Straßenbahn werden Fahrscheine zu 30 Pf. ausgegeben, die zum Umsteigen auf den Omnibus berechtigen. Ebenso kann der Umsteigefahrschein auf dem Omnibus zum Uebersteigen auf die Straßenbahn oder U-Bahn benutzt werden. Schülerfahrscheine mit Umsteigeberechtigung auf Straßenbahn, U-Bahn oder Omnibus 15 Pf. Uebersteigefahrschein von Straßenbahn, U-Bahn und Omnibus zur Reichsbahn 35 Pf. Sammelfahrscheine für 5 Fahrten auf der Straßenbahn oder U-Bahn 90 Pf. Die alten Karten gelten bis auf Widerruf weiter.

Monatskartenpreise: Straßenbahn 1 Linie 9 M., 2 Linien 15 M., das gesamte Straßenbahnnetz 27 M., das gesamte U-Bahnnetz 12 M., Straßenbahn mit Uebergang zur U-Bahn (1 Straßenbahnlinie) 16 M., (2 Straßenbahnlinien) 22 M., gesamte Straßenbahn und U-Bahnnetz 32 M.

Schülermonatskarten: Straßenbahn für 1 bis 3 Linien 5,50 M., für das U-Bahnnetz 5,50 M.

Omnibus-Nachttarif: Erwachsene (mit Umsteigeberechtigung) 50 Pf., Schüler (mit Umsteigeberechtigung) 30 Pf.

Hauptgewinne der Arbeiterwohlfahrt.

Die Ziehung der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie brachte folgende Hauptgewinne: 1. Hauptgewinn 20 000 M. 403 128; 2. Hauptgewinn 15 000 M. 162 321; Prämie im Werte von 10 000 M. 1 533 311; 3. Hauptgewinn 5000 M. 1 376 339; 10 Gewinne im Werte von 1000 M. 1 067 396, 781 942, 341 705, 1 585 847, 1 158 463.

Die Loosnummern wurden sämtlich in den Abteilungen A und B gezogen. Ihre Wiedergabe erfolgt ohne Gewähr.

Neuschnee im Riesengebirge.

Hirschberg (Riesengebirge), 29. Dezember.

Im Riesengebirge ist erneut starker Schneefall eingetreten. Im Hochgebirge sind etwa 20 und in den Vorbergen etwa 10 Zentimeter Neuschnee gefallen. Es schneit immer noch schwach weiter. Rodelbahnen und Skifahren sind daher wieder in gutem Zustande. Heute vormittag waren auf dem Gebirge 4 Grad Kälte, in den mittleren Lagen null Grad.

Wieder Räuber im Zigarrengeschäft.

„Kein Wort — oder es gibt blaue Bohnen!"

Auf das Zigarrengeschäft von Riehl am Planufer 62 wurde am Dienstagnachmittag ein frecher Raubüberfall versucht, der aber an der Unerschrockenheit der allein im Laden anwesenden Frau des Ladenbesitzers scheiterte.

Kurz nach 13 Uhr erschienen zwei etwa 20 Jahre alte Burschen und verlangten fünf Zigaretten. Als Frau R. nach der Schachtel greifen wollte, zog einer der Burschen eine Pistole hervor, richtete die Waffe auf die völlig Ueberraschte und rief: „Kein Wort — sonst gibt es blaue Bohnen." Die Ueberfallene ließ sich jedoch nicht einschüchtern und rief laut um Hilfe. Darauf eilte der Mann der Zigarrenhändlerin, der in einem Raum hinter dem Laden weilte, hinzu. Die Räuber sahen ihr Vorhaben dadurch vereitelt und ergriffen die Flucht. Es gelang ihnen zu entkommen. Die Verfolgung durch das Ueberfallkommando verlief leider ergebnislos. Die Täter waren etwa 1,75 Meter groß, einer trug einen pfeffer- und salzfarbenen, der andere einen dunkelblauen Anzug. Beide hatten blaue Schirmmützen. Zunächst war der Verdacht aufgetaucht, daß es sich um dieselben Täter handeln könnte, die den Filialleiter Huth auf dem Gewissen haben. Nach der Personalbeschreibung scheint das aber ziemlich ausgeschlossen zu sein.

Neuer Zinssatz bei der Sparkasse. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat mit Wirkung vom 1. Januar 1932 den Zinssatz für Spareinlagen mit satzungsgemäßer Kündigungsverpflichtung auf 4 Proz. jährlich festgesetzt.

61]

„Mutter hat einen Arzt, dann ist doch irgend etwas Schlimmes . . ."

„Sie hat mit dem Herzen zu tun, seien Sie recht ruhig, wenn Sie mit ihr sprechen."

Frau Loriot richtete sich hastig auf, als Germaine eintrat. „Es ist gut, daß du kommst, Kind, ich muß mit dir sprechen", sagte sie flüsternd.

Germaine verbarg mühsam ihr Erschrecken. Sie setzte sich an das Bett und nahm die Hand der Mutter.

Aber Frau Loriot war von einer fremdartigen Unruhe und Ungeduld.

„Germaine", sagte sie, „letzte Woche war dieses Mädchen hier. Sie wollte Walter sprechen, sie drohte mir, nicht von hier wegzugehen, bis sie ihn gesprochen hatte — ich wollte nicht, aber Walter kam gerade dazu. Sie hatten einen furchtbaren Auftritt hier nebenan. Sie drohte, ihn anzuzeigen, und er drohte ihr auch, ich weiß nicht, mit was. Ich bin hineingegangen, ich konnte das nicht mehr mit anhören. Ich habe dann später mit ihr allein gesprochen. Sie war erst frech und unverschämt, aber dann schien sie alles einzusehen und meinte nur noch immerzu. Ich habe ihr dann Geld gegeben, damit sie zurückfahren konnte. Aber am nächsten Morgen stand sie hier drüben und wollte Walter scheinbar auflauern. Und am Nachmittag war sie wieder da. Ich wußte mir keinen Ausweg mehr, als Walter zu bitten, nach Darmstadt zu fahren und dort zu bleiben, bis ich ihm Nachricht gäbe. Er kann ja dort an der Technischen Hochschule arbeiten. Während ich mit ihr sprach, ging Walter zum Bahnhof. Sie stand dann noch zwei Tage lang hier gegenüber oder an der Ecke, bis ich ihr noch einmal Geld gab. Das war letzten Freitag. Seitdem scheint sie abgereist zu sein."

„Und ich mußte gerade nicht hier sein, das hat dich auch so furchtbar mitgenommen", sagte Germaine, „aber rege dich jetzt nicht mehr auf . . ."

Doch die Kranke schüttelte heftig den Kopf. „Ich hatte auch schon vorher damit zu tun", sie preßte die Hand auf das Herz, „seit Jahren schon. Aber es ist noch etwas, Germaine. Als Walter fort war, habe ich in seinem Zimmer Ampullen gefunden, Arzneischachteln, abgebrochene Nadeln — Germaine, Walter ist nicht frei davon, verlasse dich darauf, da ist noch irgend etwas, wenn vielleicht auch nicht viel! Und das ängstigt mich noch mehr, als das andere. Germaine, fahre du morgen früh gleich nach Darmstadt und hole ihn zurück. Und vor allem, sprich mit ihm, hörst du, sage es ihm auf den Kopf zu und beschwöre ihn, damit aufzuhören. Germaine, tu alles, was du kannst, denn er geht sonst zugrunde . . ." Sie rang nach Luft.

„Mama, um Gotteswillen"

Aber sie ließ sich nicht beruhigen. Ungeduldig wehrte sie die Tochter ab. „Wir müssen Walter retten, du mußt ihn retten, Germaine, hörst du! Du hast Einfluß auf ihn! Lasse ihn nicht mehr aus den Augen! Versprich es mir . . ."

„Ich verspreche es dir — aber, Mama, Walter ist gesund, er ist als geheilt entlassen worden — Du siehst zu schwarz, sorge dich doch nicht . . ."

Aber Frau Loriot hörte nicht mehr. Sie rang mit dem Ersticken.

„Frau Rechnungsrat! Schnell!"

Germaine stürzte zur Tür.

Die alte Dame flößte ihr einige Tropfen ein. Dann legte sie die Kissen hoch und ließ die Freundin sanft in halb sitzender Stellung hineinsinken.

„Ganz ruhig sein, Johanna! Germaine ist ja nun hier, und Walter wird morgen auch hier sein . . ."

Aber Frau Loriot hatte die Augen geschlossen und antwortete nicht.

„Wollen Sie nicht rasch einmal selbst zum Herrn Medizinalrat laufen, Germaine!" sagte sie draußen, „die Anfälle werden ja immer häufiger. Ich wundere mich, daß er nicht gekommen ist bis jetzt. Armes Kind, Sie sitzen selbst Tag und Nacht auf der Bahn aber man muß jetzt alles tun, was nur möglich ist. Und nur den Mut nicht verlieren!"

Germaine hatte schon den Mantel angezogen. Sie rannte die Parkstraße abwärts und bog dann in eine breite Nebenstraße ein.

Sie traf den alten Herrn auf der Treppe. „Ich hatte einen schweren Fall", sagte er, „komme eben erst nach Hause. Aber ich werde gleich mit Ihnen zurückgehen, hoffentlich kann ich Linderung schaffen."

„Sie sagen Linderung, Herr Medizinalrat, nicht Besserung oder Genesung . . ." entsetzt sah sie ihn an.

„Selbstverständlich können wir auch Besserung sagen — das kann sich alles wieder geben. Vollkommene Genesung allerdings gibt es bei einem solchen Leiden in diesem Alter nicht mehr. Das ist ja nicht von heute oder gestern. Aber es wird schon wieder besser werden mit Ihrer Frau Mutter . . ."

Die Rechnungsrätin stand schon wartend an der Tür. „Ich habe ihr eben die letzten Tropfen gegeben", sagte sie. „Das ist der sechste Anfall in dieser Stunde." Sie preßte das Taschentuch an die Augen.

Der Medizinalrat kam wenige Augenblicke, nachdem er das Krankenzimmer betreten hatte, wieder heraus und schrieb hastig ein Rezept.

„Laufen Sie sofort zur Apotheke. Sagen Sie, daß es rasch gemacht wird und bringen Sie es mir. Ich warte hier, bis Sie kommen."

Und kaum hatte Germaine das Haus verlassen, da wandte er sich der alten Dame zu. „Ich würde Ihnen raten, sofort an Walter zu telegraphieren. Ich kann nicht garantieren, ob sie die Nacht überleben wird."

Walter saß zeichnend über seinem Reißbrett, als das Telegramm eintraf. Er hatte sich ein großes Ziel gestellt — er wollte das Semester, das er durch den Aufenthalt in der Klinik verloren hatte, durch doppelte Arbeit wieder einholen. Denn Arbeit war jetzt das einzige, das ihn über alle Selbstvorwürfe, über Depressionen und Verzweiflung hinweghalf.

„Mutter erkrankt. Sofort kommen."

Er stürzte zum Bahnhof und erreichte auch noch den Nachtzug. Aber als er daheim eintraf, war es schon zu spät. Kurz nach Mitternacht war Frau Loriot still und schmerzlos eingeschlafen.

35.

Eine Woche war seitdem vergangen. Frau Loriot schlief den ewigen Schlaf an der Seite ihres Mannes, wie sie es in ihrem Testament gewünscht hatte. Statt ihrer war ihre alte Freundin in das kleine Landhaus eingezogen und bemühte sich, den Haushalt in Gang zu halten und den beiden Geschwistern über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Walter wollte morgen früh wieder wegfahren, um sein Studium weiterzuführen. Er packte bereits alles zusammen, was er an Büchern im nächsten Semester brauchen konnte.

Arbeiten, nur arbeiten! Nur nicht denken, nicht zurücksehen, nur vorwärts, vorwärts! Etwas Gehetztes, Verzweifeltes lag ihm im Blut, sprach aus jeder seiner Bewegungen.

Es klopfte leise, dann trat Germaine ein. Sie sah bleich und müde aus. Schweigend setzte sie sich an den Tisch des Bruders.

(Fortsetzung folgt.)

Das Brot als Silvesterulk.

Abseits vom Heere der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und Gekündigten wird sich die laute und (wenn auch nur krampfhaft) vergnügte Welt jener auftun, die „feiern" müssen.

Dies Feiern geht natürlich in den seit altersher als „äußerst stimmungs- und humorvoll" beliebten Formen vor sich. Man hantiert dabei, sich zum eigenen Spaß und den anderen zum Aerger, die doch hereingelegt werden sollen, mit all jenen Artikelchen, die ingeniöse Köpfe als sogenannte Silvesterscherze auf den einträglichen Markt einer sich silvesterlich vergnügenden und anulkenden Welt geworfen haben.

Allerlei zählt zu diesen mehr oder minder geistvollen Scherzen. Brot zum Beispiel auch — und Brötchen. Brotlaibe gibt es da und Schrippen, die sind einfach nur zum Spaß da, so als Silvesterulk . . .

Hunderttausende von Müttern wissen an manchen Tagen tatsächlich nicht, woher um Gotteswillen sie für die hungrigen Mäuler ihrer Kinder den letzten fehlenden Sechser für ein halbes Brot oder die Tüte Schrippen auftreiben sollen — und da gibt es sogar „lebende Brötchen, aus echtem Teig, mit eingebautem Uhrwerk. Große Schreckwirkung durch Toben bei jeder Berührung. Ein ganz gelungener Scherz." — — Bitte sehr, ein ganz gelungener Scherz:

Das tägliche Brot, für Millionen so rar heute wie nur irgendwas, hier in den vergnügten Bezirken einer silvesterlich animierten Welt dreht man es sich nach dem Souper in alkoholisierter Runde, reichlich gesättigt von Karpfen blau, Rehrücken und Silvesterbombe, nur aus Ulk an, so ohne Nahrungssorgen wie man ist. In solcher Stimmung findet man dann sicherlich auch den Pfannkuchen, der piept, das Splittergebäck aus Gummi und Keks und Käse aus Seife als ebenso gelungene Scherze.

Auch die berühmten Ulkkonfitüren, die Waffeln aus Gummi, die Schokolade mit Pfefferfüllung und Pralinen mit Holzeinlage werden die vom lebenden Brötchen begeisterten Gemüter bestimmt ebenfalls als sehr sinnvolle Requisiten des Silvesterrummels zu schätzen wissen, — um so mehr vielleicht, da ungezählte Volksgenossen seit Jahren schon den Begriff Konfitüren nur noch dem Namen nach kennen.

Was sind dagegen die springenden Kaffeelöffel, die knallenden Streichholzschachteln, die Blitzmatte und das Riesenportemonnaie mit Schlagfeder, — was sind dagegen die Schnarchzigarren und Feuerwerkszigaretten, die blutigen Pappnasen und Porzellangebisse, die schreienden Bierteller und der schwimmende Zucker, Knicklöffel, Bierschwaben und singende Würfelbecher?

Nichts, — doch wirklich nur harmlose Scherzchen . . . ohne jenen fatalen Beigeschmack, wie ihn das Ulkbrot in dieser unserer Notzeit, in der Millionen buchstäblich nichts zu beißen und zu brechen haben, in nur einigermaßen nachdenklichen Menschen erwecken muß.

Menschen werden verbittert . . .

„Wir sind schon reichlich lästige Kranke geworden, mit unserem jahrelangen Siechtum und der daraus resultierenden Rente", meint der Kriegsbeschädigte B., der vom glorreichen Dienst fürs Vaterland eine vollständig gelähmte Gesichtshälfte, ein schweres Ohren- und ein noch schwereres Nervenleiden nach Hause brachte. Trotzdem er in ständiger Behandlung von drei Fachärzten steht und seine Beschädigung auf 80 Proz. festgesetzt wurde, muß er ständig zur Nachuntersuchung; die letzte war im August, in diesen Tagen wurde eine neuerliche Untersuchung vorgenommen. Der Zweck dieser neuerlichen ärztlichen Feststellungen soll ja nach Möglichkeit eine Herabsetzung der prozentualen Beschädigungsziffer und der daraus folgernden Rentenkürzung sein; man kann die Erbitterung eines Menschen, dessen Leiden keinerlei Besserung verspricht, begreifen, wenn er immer wieder an all das Schreckliche und Traurige erinnert wird, noch dazu in einer Form, die auf ihn verletzend wirken muß. „Na, Mensch, Sie sind ja groß und stark und 'nen dicken Bauch ham se doch gekriegt", so lautet die Begrüßungsformel des Nervenarztes, der ihn untersuchen soll; wer hellhörig ist, weiß auch, was solche Worte bedeuten, um so mehr, wenn dieser zynischen Redensart eine mehr als oberflächliche Untersuchung folgt. All diese bedauernswerten Menschen, die ihre Haut zu Markte trugen und dadurch für ihr ganzes Leben körperlich und seelisch schweren Schaden erlitten, haben wohl ein Recht darauf, mit mehr Menschlichkeit und nicht als lästige Almosenempfänger behandelt zu werden.

Die Aufbauschule ruft!

Befähigte Proletarierkinder ans Werk — Was es zu lernen gibt

Anfang März 1932 finden wieder Prüfungen von Schülern und Schülerinnen statt, die zu Ostern 1932 zur Aufnahme in das Köllnische Gymnasium (Gymnasium und Realgymnasium), Inselstraße 2/3 (verbunden mit der Kaempf-Oberrealschule), in die Aufbauschule am Lessing-Gymnasium (Deutsche Oberschule), Pankstraße 18, und in die Aufbauschule Friedrichshain (Deutsche Oberschule für Mädchen), Frankfurter Allee 37, in Vorschlag gebracht werden. In Frage kommen befähigte Schüler und Schülerinnen der zweiten Klasse der Volksschulen. Die Meldungen sind an den Rektor der Volksschule zu richten.

Der Lehrgang des Köllnischen Gymnasium (Gymnasiale Abteilung) beginnt mit Latein in Untertertia, Französisch in Obertertia, Griechisch in Untersekunda (von O II an auch Englisch und Hebräisch).

Die realgymnasiale Abteilung hat einen gemeinsamen Unterbau mit der Kaempf-Schule, die Sprachenfolge ist: Englisch, Französisch. Ab Untersekunda beginnt auf der realgymnasialen Abteilung Latein. Die Kaempf-Schule setzt sich als Oberrealschule fort und hat als eigentümliches Fach Handelskunde und auf der Oberstufe Volkswirtschaftslehre. Alle Zweige führen in 6 Jahren zur Reifeprüfung und berechtigen zum akademischen Studium.

Die mit dem Lessing-Gymnasium verbundene „Deutsche Oberrealschule" in Aufbauform beginnt in U III mit Englisch als erste Fremdsprache. Nach zwei Jahren tritt in U II Latein als zweite verbindliche Fremdsprache hinzu. Die charakteristischen Fächer sind Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Englisch. Die Ziele in Mathematik und Naturwissenschaften stehen denen der Oberrealschule nahe. Die „Deutsche Oberschule in Aufbauform" führt in 3 Jahren zur Obersekundareife, in 6 Jahren zur Reifeprüfung. Diese berechtigt zum akademischen Studium.

Die Aufbauschule Friedrichshain für Mädchen beginnt mit Englisch in U III: nach 2 Jahren Latein oder Französisch als zweite Fremdsprache. Charakteristische Fächer sind Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Englisch. In Mathematik und Naturwissenschaften stehen die Ziele denen der Oberrealschule nahe. Die Schülerinnen verbringen im Laufe des Jahres 8—10 Wochen in der Waldschule Schloß Schöneiche, wo sie Anleitung zu ländlicher Hauswirtschaft, sowie Gelegenheit zu ausgedehnten naturwissenschaftlichen Studien im Park, Gärten und Gewächshäusern finden. In 3 Jahren wird die Reife für O II erreicht, die dem Reifezeugnis des Lyzeums entspricht und dessen Berechtigungen verleiht; in 6 Jahren führt die Schule zur Reifeprüfung und damit zu allen Berufen, für die das Abiturium Voraussetzung ist (z. B. alle Lehrberufe), wie zu jedem akademischen Studium.

Die Aufbauklassen der Volksschulen.

Zu Beginn des Schuljahres 1932 werden wieder befähigte und bildungswillige Schüler und Schülerinnen in die Aufbauklassen an den nachstehend genannten 20 Volksschulen aufgenommen: 179., ev., Albrechtstraße 20; 199., ev., Levetzowstr. 20; 231., ev., Bochumer Straße 8; 244., S.-Sch., Pankstraße 20/22; 132., ev., Demminer Straße 27; 59., kath., Müllerstraße 158/159; 209., ev., Dunckerstraße 65/66; 248., ev., Wehlauer Straße 8; 258., ev., Eckertstraße 16; 52., ev., Fruchtstraße 38; 76., ev., Muskauer Straße 53; 60., ev., Bergmannstraße 60/61; 2., ev., Spandau, Moltkestraße 38; 8., ev., Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 23; 8., ev., Mariendorf, Ringstraße 104; 12., ev., Oberschöneweide, Keplerstraße 8; 23., ev., Lichtenberg, Leopoldstraße 14/16; 34., S.-Sch., Lichtenberg Scharnweberstraße 19; 5., ev., Pankow, Wollankstraße 131; 1., ev., Reinickendorf, Lindauer Straße 1.

Die Schüler und Schülerinnen der Aufbauklassen erhalten nach dreijährigem erfolgreichen Besuch das Zeugnis der mittleren Reife und damit die entsprechenden Berechtigungen beim Uebergang in das Wirtschaftsleben oder zum Eintritt in weiterführende Schulen. Die Anträge der Erziehungsberechtigten sind möglichst umgehend an den Rektor der bisherigen oder der neuen Schule zu richten.

Raubüberfall in Köpenick.

Sechzigjährige Rentnerin zu Boden geschlagen.

Ein gemeiner Ueberfall wurde gestern abend auf die 60 Jahre alte Witwe Auguste Schüßler aus der Deulstraße in Oberschöneweide verübt. In den Anlagen in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Köpenick fielen drei junge Burschen über die alte Frau her, schlugen auf sie ein und stießen sie über das Rasengitter, so daß sie zu Fall kam. Diesen Augenblick benutzten die Wegelagerer, um der Frau die Handtasche zu entreißen, in der sich die Rente in Höhe von 53 M. befand. Mit der Beute flüchteten die Täter auf einem Motorrad. — In die Bollefiliale in der Jülicher Str. 24 im Norden Berlins drangen gestern abend zwei Männer im Alter von 25 bis 30 Jahren ein und erzwangen vom Filialleiter mit vorgehaltenen Pistolen die Herausgabe der Ladenkasse. 40 Mark fielen den Räubern in die Hände. Beiden gelang es, trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung zu entkommen.

Jugendtragödie.

Hintergründe der Verzweiflungstat in Dahlem.

In den frühen Morgenstunden hatte sich gestern, wie berichtet, eine Liebestragödie in Dahlem abgespielt. Der 20 Jahre alte Kurt L. aus Friedenau hatte auf seine Braut im Erlbusch in Dahlem einen Schuß abgegeben und sich dann der Polizei gestellt. Wie sich jetzt herausstellt, hat der junge Mann die Tat aus Liebeskummer begangen.

L. hatte sich längere Zeit mit dem Mädchen, einer 17 Jahre alten Hausangestellten Gertrud S., ein Verhältnis, gegen das sein Vater Einwendungen erhob. Der junge Mann war seit längerer Zeit ohne Arbeit. Das Mädchen, das bis November tätig war, verlor ebenfalls seine Stellung. Der Vater machte seinem Sohne Vorwürfe und verbot ihm jede Zusammenkunft mit dem Mädchen. Daraufhin äußerte er, daß er sich töten würde. Er ging in die Wohnung des Mädchens, holte es von dort ab und suchte mit ihm eine Konditorei in Steglitz auf. Hier schrieb er einige Briefe. Als er dann einen Moment hinausging, las das Mädchen die Briefe durch. Es waren Abschiedsbriefe, in denen der junge Mann seinen Selbstmord mitteilte. Die beiden jungen Leute gingen noch einmal in die Wohnung des Mädchens, wo dieses gleichfalls Abschiedsbriefe schrieb. Aus diesen geht hervor, daß das Mädchen mit der Absicht ihres Freundes einverstanden war. Gegen morgen fuhren sie dann nach Dahlem hinaus, wo der junge Mann auf seine Braut den Schuß abgab. Er glaubte, sie getötet zu haben. Es fehlte ihm aber der Mut, um sich dann selbst zu erschießen. Er stellte sich der Polizei. Das Mädchen war nicht lebensgefährlich verletzt und wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

Das Weihnachtsgeschäft

Billige Bedarfsartikel gut umgesetzt — Für Spielwaren kein Geld

Dem Weihnachtsmann hat in diesem Jahre weder der Käufer noch der Verkäufer viel Vertrauen entgegengebracht. Gebrauchsartikel wie Textilien und Schuhe waren in diesem Jahre die Hauptgeschenkartikel, denn der Weihnachtsmann, der selbst immer so warm angezogen ist, hat diesmal seine großen und kleinen Kinder in erster Linie mit Kleidung versorgt. Das sagen, heißt gleichzeitig aussprechen, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft in der Hauptsache ein Nachholen der sonst meist viel früher getätigten Bedarfskäufe war.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es verständlich, daß die meisten Firmen der Bekleidungsbranche das abgelaufene Weihnachtsgeschäft als zufriedenstellend bezeichneten. Natürlich waren die Umsätze zahlenmäßig nicht demjenigen des Vorjahres angepaßt, aber es wurden doch Kleider, Anzüge, Mäntel und dergleichen gut gekauft. Dabei bevorzugte man vorwiegend billigere Sachen, da es nur noch wenige Käufer gibt, die vom Gehaltsabbau nicht betroffen sind und vollwertige Kleidungsstücke kaufen können. Dabei sind in vielen dieser Artikel bereits die Friedenspreise erreicht. In den angeschlossenen Branchen, Handschuhe, Strümpfe, Taschentücher und Wäsche, wurde ebenfalls gut gekauft, doch wurde hier meist nur der nackte Bedarf gedeckt.

Auch die Frauen haben sich dem kleineren Geldbeutel in ihren Wünschen anpassen müssen. So haben bekannte Spezialgeschäfte, die besonders Damensachen führen, nur in billigen Waren ein quantitativ gutes Geschäft gemacht, während in Luxusartikeln der Umsatz recht gering war. Den Vogel hat wieder die Schuhbranche abgeschossen. Mengenmäßig war hier der Absatz sogar teilweise größer als im Vorjahre, während er wertmäßig natürlich zurückblieb. Selbst in den Arbeitergegenden war hier das Geschäft stellenweise recht gut.

Die Warenhäuser hatten wie immer einen recht guten Besuch, dagegen sind die Losungen bedeutend geringer als im Vorjahre ausgefallen, und es wurden fast nur Gegenstände in billigeren Preislagen gekauft. Man hatte viele Artikel erheblich heruntergesetzt, um dem Käufer Anreiz zu geben, trotzdem wurden viele Sachen, die nur der Verschönerung des Lebens dienen, kaum gefragt. Daß in der Geschenkartikelbranche bei manchen Firmen recht gute Umsätze erzielt wurden, spricht dafür, daß diese Firmen es verstanden haben, sich beizeiten auf die augenblicklichen Verhältnisse einzustellen. Diese Häuser profitierten zum Teil auch davon, daß sich heute so viele kleine, dabei aber doch praktische Geschenkartikel am Markte befinden, die noch für den großen Durchschnitt der Käufer erschwinglich sind und daher gekauft werden.

Bei den Tabakwaren blieb das Geschäft ebenfalls hinter früheren Jahren zurück. Billige Preislagen und kleine Packungen in einfacher Ausführung wurden verlangt. Die bekannten Indianer-Zigarren, deren Konkurrenz für die übrige Branche wohl so ziemlich verpufft zu sein scheint, haben doch das Preisniveau beeinflußt, und das hat das Geschäft nun wieder angeregt. Süßwaren in jeder Form haben auch über einen recht erheblichen Umsatzrückgang zu klagen, trotzdem hier die Preise im Laufe des Jahres ebenfalls gesenkt worden sind. Da das Hauptgeschäft hierin sich in den allerletzten Tagen abzuspielen pflegt, und jeder Käufer mengenmäßig geringfügig einkaufte, ist es verständlich, daß der aufgewandte Apparat in keinem rechten Verhältnis zu dem erzielten Nutzen stand.

Die größte Einbuße am Wert des Umsatzes haben wohl Spielwaren zu verzeichnen gehabt, nach übereinstimmenden Aeußerungen der Geschäftsinhaber etwa 40 Proz. Ein bevorzugter Artikel war der Schreienzepp, der mit Uhrwerk schon zu einem bescheidenen Preise, aber auch mit elektrischem Antrieb zu haben war. Technisches und elektrisches Spielzeug stand überhaupt im Vordergrund, soweit es eine gewisse Preisgrenze nicht überschritt. Das Puppengeschäft war merklich kleiner, und den Käufen nach scheint die Mädchenwelt heute mehr auf Sport (Roller und dergleichen) eingestellt zu sein als auf Puppen.

Das Weihnachtsgeschäft am Büchermarkt war nicht so gut wie sonst. Bücher sind Markenartikel und fallen daher unter die Notverordnung. Während sonst immer bis zum Weihnachtsfeste die Umsätze gestiegen sind, hat diesmal das Publikum Zurückhaltung geübt und wartet offenbar auf die am 1. Januar geplante Preisermäßigung. Es wurden in der Hauptsache billige Bücher, vor allem auch in Jugendschriften gekauft.

Bei Radioartikeln hat sich gegenüber dem Vorjahre ein mengenmäßiger Umsatzrückgang von etwa 30 Proz. gezeigt. Da hiermit gerechnet wurde, ist der einschlägige Handel mit dem Weihnachtsgeschäft nicht unzufrieden gewesen. Funkindustrie und Funkhandel hatten bekanntlich, ohne dazu durch die letzte Notverordnung verpflichtet zu sein, die Verkaufspreise um 10 Proz. gesenkt, doch soll sich auch diese Preisherabsetzung für den Absatz nicht sonderlich ausgewirkt haben.

2½-Pfund-Brot 45 Pfennig.

Verbilligtes Bäckerbrot erst ab 2. Januar 1932.

Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins, der rund 4000 Klein- und Mittelbetriebe des Bäckerhandwerks umfaßt, die einen wesentlichen Teil des Berliner Brotbedarfs herstellen, beschäftigte sich am Dienstagnachmittag, wie bereits angekündigt, in einer Sitzung im Germaniahaus mit der Frage, wann die dem Preiskommissar zugesagte Brotverbilligung in Kraft treten soll. Man beschloß, den Berliner Brotpreis in den Ladenbäckereien ab 2. Januar 1932 von 50 auf 45 Pfennig für das 1250-Gramm-Brot herabzusetzen. Eine frühere Brotpreisverbilligung wurde wegen der erst ab 1. Januar 1932 sich auswirkenden Erleichterungen aus der vierten Notverordnung nicht für möglich erachtet.

Vierköpfige Familie im Schlafe verbrannt.

Amsterdam, 29. Dezember.

In Tilburg ist in der verflossenen Nacht das Café Roelen durch einen Brand größtenteils zerstört worden. Der Eigentümer Roelen sowie seine Frau und die beiden Kinder kamen in den Flammen um. Ein Dienstmädchen wurde mit schweren Brandwunden in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus aufgenommen. Die Flammen hatten so schnell um sich gegriffen, daß es der Feuerwehr unmöglich gewesen war, den im Schlafe von dem Brande überraschten Einwohnern Hilfe zu bringen.

Lügenmeldung über das Reichsbanner.

Ein rechtsstehendes Berliner Organ, zu dessen Hauptaufgaben die Verleumdung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gehört, brachte in einer seiner letzten Ausgaben eine Meldung, wonach vier Jungstahlhelmer der Ortsgruppe Oberschöneweide von zwanzig Reichsbannerleuten überfallen worden sein sollten. Ein Stahlhelmmann soll schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert worden sein. — Wie unsere Nachforschungen ergeben haben, ist diese Meldung frei erfunden. Weder ist der Polizei von einem Zusammenstoß in Oberschöneweide etwas bekannt geworden, noch ist bei den Krankenhäusern ein schwerverletzter Jungstahlhelmmann eingeliefert worden. — Es handelt sich hier also um einen neuen Versuch des Blättchens — es ist dies die „Deutsche Zeitung" —, die Schutztruppe der Republik zu diffamieren.

Unschön wirken rotes Gesicht und rote Hände. Ein probates Mittel: Creme Leodor. Versuchen Sie es mit einer Tube zu 60 Pf.

Das Jahr der Katastrophen.

Weltmißtrauen gegen Deutschland. — Rückblick und Ausblick / Von Fritz Naphtali.

II.

Im dritten Jahr der Wirtschaftskrise begann die Krise der Reparationszahlungen. Sie begann mit der Unmöglichkeit der Aufbringung der erforderlichen Summen durch Steuern. Aus der Aufbringungskrise wurde erst die Unmöglichkeit der Zahlungen in fremder Währung, die Transferkrise, als von den kurzfristigen Gläubigern des Auslandes der Run auf die deutschen Schuldner, im besonderen auf die deutschen Banken einsetzte. Die erste Quelle dieses Runs war politische Beunruhigung. Die erste Etappe der Abzüge von Auslandskapital, denen sich deutsches Fluchtkapital in der Bewegung anschloß, wurde eingeleitet mit den Wahlen vom 14. September.

Der Erfolg der nationalistischen Schreier, die Ungewißheit, ob sich ihren Machtgelüsten gegenüber ein kräftiger Widerstand auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Gebiete zeigen würde, zog im dritten Vierteljahr 1930 bereits mehr als eine Milliarde ausländischer Kredite aus Deutschland. Dann trat eine gewisse Beruhigung ein. Sie wurde aber wiederum gestört durch politische und wirtschaftliche Vorgänge. Politisch waren es die Debatten um die deutsch-österreichische Zollunion, die in der Welt als eine Konzession der deutschen Außenpolitik an die Nationalsozialisten betrachtet wurden, und neues Mißtrauen schürten. Wirtschaftlich waren es die Schwierigkeiten einiger deutscher Großkonzerne, im besonderen des Nordwolle-Konzerns, bei denen sich zeigte, wie gewissenlose Unternehmer unter den Augen der an ihren Verwaltungen beteiligten Großbankdirektoren eine über das Maß der kapitalistisch üblichen Fehlleitungen weit hinausgehende verbrecherische und eigennützige Mißwirtschaft mit gepumptem Gelde getrieben hatten.

Die Mißtrauenswelle brachte Milliardensummen kurzfristiger Kredite in Bewegung.

Der Run auf die deutschen Banken brach aus, er wurde verschlimmert durch die innerpolitischen Spannungen, die sich im Juni aus der sozialreaktionären Notverordnung ergaben. Er konnte nicht mehr aufgehalten werden durch den Rettungsversuch des Hoover-Feierjahres der Reparationen, auf Grund dessen Deutschland zunächst für Jahresfrist von seinen Reparationszahlungen befreit wurde.

Dem Run der ausländischen Gläubiger mußte die Zahlungseinstellung gegenüber dem Ausland folgen. Bei einer stärkeren Führung der inneren Kreditwirtschaft durch die Reichsbank hätte vielleicht das Ueberspringen von dem Auslandsrun auf den Run der inländischen Gläubiger vermieden werden können. Aber gleichviel, wie hier die Schuldfrage zu beantworten sein mag, wir erlebten auch den inländischen Run auf Banken und Sparkassen, der nur allmählich überwunden wurde. Wir erlebten, daß allein die Bilanzsumme bei den Kreditbanken um rund drei Milliarden zurückging. Dazu kamen Schrumpfungen bei den Sparkassen und öffentlichen Banken und auch das Einspringen der Reichsbank mit außergewöhnlichen Kreditgewährungen, bei denen sowohl die Starrheit der Deckungsgrenze, als auch die Bedingungen der Wechselqualität aufgelockert wurden, konnten nur einen Teil der eingeschrumpften Kredite — etwa 1½ Milliarden — durch erweiterte Wechseldiskontierungen bei der Reichsbank ersetzen, wenn man nicht durch Gefährdung der Währung auf Grund der in Deutschland herrschenden Inflationsfurcht neue und noch schärfere Fluchterscheinungen hervorrufen wollte.

Die unmittelbare Wirkung des Kreditkrachs war, daß zur Rettung dessen, was noch gerettet werden konnte, vor allen Dingen der Staat eingreifen mußte. Die Bankenkrise konnte nur halbwegs überwunden werden durch Garantieübernahme und Kapitalhilfen des Reiches für die Danatbank und für die Dresdner Bank und in bescheideneren Formen für viele andere privaten und öffentlichen Institute. Der Staat mußte helfen, er mußte den Verkehr aufrecht erhalten im Innern, und er mußte die Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, die Devisenwirtschaft, unter seine Kontrolle stellen. Die Störung des Zahlungs- und Kreditverkehrs in Deutschland, mit den Zahlungseinstellungen in einigen südamerikanischen Ländern auf Grund der schweren Krise ihrer Rohstoffmärkte gleichzeitig eingetreten waren, pflanzte sich fort.

Dem Run auf Deutschland folgte der Run der kurzfristigen Gläubiger auf England.

Rund vier Milliarden Mark wurden in knapp zwei Monaten aus England abgezogen. Die politische Krise der Regierung der Labour-Party, die in dem Streit um die Senkung der Arbeitslosenunterstützung gipfelte, trug auch hier zur Verschärfung des Mißtrauens bei und schließlich war am 20. September die stärkste Feste des kapitalistischen Vertrauens, die Bank von England, erschüttert und gezwungen, die Goldeinlösung ihrer Noten einzustellen. Seitdem schwankt die englische Währung. Die anderen Länder des britischen Imperiums lösten sich mit Ausnahme von Südafrika auch vom Golde los. Das gleiche taten die skandinavischen Länder und später Japan. Die südosteuropäischen Länder gingen zu scharfen Formen der Devisenzwangswirtschaft über. All diese Erscheinungen bedeuten neue Hemmungen für die Welthandel, bedeuten vor allen Dingen auch neue Erschwerungen der deutschen Wirtschaftslage, für die im letzten Jahre die relativ starke Behauptung der Ausfuhrmöglichkeiten bei einem stark eingeschrumpften Inlandsmarkt der einzige Lichtblick gewesen ist.

Der Krach vom Jahre 1931 ist die dramatische Zuspitzung der Krisentragödie, unter der die breiten Massen des Volkes in Deutschland und in der ganzen kapitalistischen Welt leiden. Wenn wir uns den Charakter und den Verlauf des Krachs des Kreditsystems an dieser Jahreswende noch einmal vor Augen führen, so geschieht das weniger aus der Freude am historischen Rückblick, als um der Klärung der Erkenntnis der Frage willen:

Was kann geschehen, um den Weg aus dem Elend in Deutschland und in der Welt zu bahnen?

Gerade aus der Rückschau auf den Ablauf dieses Jahres ergibt sich, daß die erste Voraussetzung für die Besserung der ökonomischen Verhältnisse die Wiederherstellung der Vertrauensgrundlagen des internationalen Kreditverkehrs ist. Diese Aufgabe kann nur die internationale Politik lösen.

Gegenwärtig schweben die Verhandlungen auf der einen Seite um die Abwicklung bzw. Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands gegenüber dem Auslande und die Verhandlungen über die künftige Regelung der Reparationen und der damit eng verquickten interalliierten Schulden auf der anderen Seite. Wenn wir uns bewußt sind, daß die ökonomische Krise, die sozialen Notstände und die Schwierigkeiten der öffentlichen Finanzen in Deutschland besonders scharf zugespitzt sind, daß sie aber keineswegs auf Deutschland beschränkt sind, sondern mehr oder minder alle Länder der kapitalistischen Welt betreffen, so werden wir die Schwierigkeiten nicht verkennen, die auf diesem Gebiete Lösungen entgegenstehen, wie sie, vom deutschen Gesichtspunkt allein betrachtet, unbedingt wünschenswert wären. Das bedeutet, daß es die große Aufgabe dieser schwebenden Verhandlungen ist, trotz des Widerstreits der Interessen den Weg der Verständigung zu finden, der eine Wiederherstellung besserer weltwirtschaftlicher Beziehungen ermöglicht. Das Baseler Gutachten, das bei aller Vorsicht die ungeheure Wandlung der wirtschaftlichen Grundlagen seit Abschluß des Young-Plans in den Vordergrund stellt, kann den Politikern der Welt zur Richtlinie für die Erfüllung ihrer Pflichten dienen. Auf das Ziel der vernünftigen Verständigung muß die deutsche Außenpolitik eingestellt bleiben, und an ihm darf sie nicht durch nationalistisches Geschrei und Kriegsphrasen irre werden. Der Weg der ökonomischen Gesundung führt, das ist für die Arbeiterklasse eine alte Erkenntnis,

nur über die Zusammenarbeit und nicht über die Verhetzung der Völker.

Stehen so die Fragen der internationalen Vereinigung der Wirtschaftsschwierigkeiten augenblicklich im Vordergrund, so ist es doch nicht minder wichtig, daß auch im Innern, im nationalen Rahmen, die Folgerungen aus den Gesamterscheinungen der Krise und aus dem Krach im Jahre 1931 im besonderen gezogen werden. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß der Staat an allen Ecken und Enden helfend eingreifen mußte, wo die Privatwirtschaft versagte. Aus dem Eingreifen in der Notzeit muß ein Durchgreifen des Staates in der wirtschaftlichen Führung werden. Die letzte Notverordnung der Reichsregierung hat tief in die privaten Rechtsbeziehungen der Wirtschaft eingegriffen. Sie hat es in einer Richtung getan, die wir nicht billigen, weil wir glauben, daß sie eher geeignet sein wird, die Schrumpfung der Wirtschaft weiter zu verschärfen als den Weg zum Aufbau zu weisen. Aber das Prinzip, das der Staat über allen Rechten der Privatwirtschaft steht, ist auch mit diesen falschen Eingriffen anerkannt, und unser Kampf wird mehr noch als bisher darauf gerichtet sein müssen,

die systematische Führung der Wirtschaft durch den Staat der führungslosen kapitalistischen Mißwirtschaft entgegenzustellen.

Deshalb werden wir darum kämpfen, gerade im Anschluß an die Masse der unfreiwilligen Subventionen, das Gebiet der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der privaten Wirtschaft auszudehnen. Wir werden darum kämpfen, an die Stelle schematischer Eingriffe in die Preisgestaltung die wirksame und dauernde Kontrolle der privaten Monopole und Kartelle durch den Staat unter Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter, der Angestellten und Konsumenten zu setzen. Wir werden darum kämpfen das erschütterte Kreditsystem nicht nur durch eine wirksam ausgebaute Bankenkontrolle wieder funktionsmäßig zu machen, sondern darüber hinaus, diese Bankenkontrolle zum Ansatzpunkt zu machen für eine planmäßige Lenkung des Kapitalstroms nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die an die Stelle der privatwirtschaftlichen Fehlleitung zu treten hat.

Wir werden darum kämpfen, daß durch Stärkung der Massenkaufkraft und durch Arbeitsbeschaffung mit Kapitalien, die in der öffentlichen Hand zu bilden sind, die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Hier ist das einzige Gebiet, auf dem die Parole des Abbaus noch sinnvoll ist.

All diese Forderungen, die den Weg aus der Not der Gegenwart bahnen sollen, sind aber gleichzeitig Bestandteile des großen Kampfes um die Ueberwindung eines Wirtschaftssystems, dessen Bankrott nie deutlicher geworden ist als in dem Krach von 1931, durch den Aufbau einer sozialistischen, von der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln befreiten klassenlosen und planmäßig geführten Wirtschaft.

Eine Erklärung der Arbeiterbank.

Sie hatte mit den Sklareks nie etwas zu tun.

In den letzten Berichten über den Sklarek-Prozeß war auch von einer Aussage des ehemaligen Stadtbankdirektors Hoffmann die Rede, der ehemalige preußische Ministerpräsident Hirsch habe sich darum bemüht, die Firma Sklarek als Kunden für die Arbeiterbank zu gewinnen. Dazu erklärt die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., daß ihr von derartigen Bemühungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Hirsch niemals etwas bekannt geworden sei. Niemals habe die Firma Sklarek oder einer der Firmeninhaber bei der Arbeiterbank ein Konto gehabt. Niemals habe sich auch ein Beauftragter der Arbeiterbank darum bemüht, die Firma oder die Gebrüder Sklarek zu Kunden der Arbeiterbank zu machen.

Um das Erbe der Nordwolle.

Schiebungen um Delmenhorst? — Vorwürfe gegen den Gläubigerausschuß.

Nach dem Beschluß der Gläubigerversammlung sollen von den Betrieben des ehemaligen Nordwolle-Konzerns nur drei Werke erhalten bleiben und die anderen, darunter auch die technisch sehr hochstehende Kammgarnspinnerei in Delmenhorst bei Bremen stillgelegt werden.

Gegen diese Stillegung protestierte eine am Dienstag einberufene Versammlung, die sich aus sämtlichen Berufsständen und Organisationen Delmenhorsts zusammensetzte. In einer Entschließung dieser Versammlung wurden sehr schwerwiegende Vorwürfe gegen den Gläubigerausschuß erhoben, die dahingehen, daß dieser auf nicht einwandfreie und nicht unbeeinflußte Gutachten gestützt, im Gegensatz zu den bisherigen Versicherungen des Konkursverwalters die Stillegung von Delmenhorst betrieben hätte. Besonders scharfe Vorwürfe wurden gegen bestimmte Interessentengruppen im Gläubigerausschuß in dieser Richtung erhoben. Es ist zu erwarten, daß der Konkursverwalter zu diesen Vorwürfen sich nach äußert.

Die Versammlung in Delmenhorst beschloß, das Werk durch eine Selbsthilfeaktion zu erhalten. So sollen alle Kreise in Stadt und Land zur Zeichnung von Anteilen aufgefordert werden, um auf diese Weise ein Kapital zusammenzubringen, das die Inbetriebnahme der Kammgarnspinnerei ermöglicht.

Mitteilung über Preissenkungen.

Wie berichtet wird, haben die Samtbandgesellschaft, der Verband Deutscher Wandplattenfabrikanten, die Verkaufsstelle für gezogenes Dickglas, der Feuerton-Bund, die Verkaufsstelle Mitteldeutscher Gipswerke sowie der Westdeutsche und Süddeutsche Zementverband die gesetzlich vorgeschriebene zehnprozentige Senkung der Kartellpreise durchgeführt. Der Verband Deutscher Linoleumhändler teilt mit, daß die Deutschen Linoleumwerke A.-G. und die Rheinische Linoleumwerke Bedburg A.-G. ab 28. Dezember die Fabrikatpreise um 11 bis 15 Proz. gesenkt haben und daß die Wiederverkaufspreise im entsprechenden Umfang herabgesetzt worden sind.

Was wird mit der Kunstseide?

Schon bisher hatte sich das Kunstseidekartell auf den Standpunkt gestellt, daß die Kartellpreise für Viscosekunstseide der vorgeschriebenen zehnprozentigen Kartellpreissenkung nicht unterliegen. Es berief sich darauf, daß für das Kunstseidekartell jene Ausnahmebestimmung der letzten Notverordnung gelte, wonach bei internationalen Kartellverträgen eine Ausnahme möglich sei. Das Reichswirtschaftsministerium stand bisher auf dem Standpunkt, daß diese Ausnahme nur dann Geltung haben könne, wenn es sich um für den Absatz auf dem gesamten Weltmarkt gebundene Preise handle. Diese Auffassung war verständlich und logisch, da bei einer Bindung für den ganzen Weltmarkt die Rohstoffpreise für die Kunstseidenverarbeiter dieselben sind. Nun trifft das aber für das Kunstseidekartell nicht zu. Mit Recht haben daher die Vertreter der Kunstseide verarbeitenden Industrie gegen die Auffassung des Kunstseidekartells Vorstellungen erhoben.

Man erlebt jetzt die Ueberraschung, daß das Reichswirtschaftsministerium umgefallen zu sein scheint. Das Kunstseidekartell soll auch nach der Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums jetzt von der Preissenkung befreit sein. Wir nehmen vorläufig an, daß die über den Umfall des Reichswirtschaftsministeriums verbreiteten Behauptungen falsch sind. Wir können nicht glauben, daß es seine ursprünglich geäußerte und von der ganzen Oeffentlichkeit für richtig gehaltene Auffassung preisgegeben hat.

Das Reichswirtschaftsministerium trägt in der Frage der Kartellpreise eine ganz besonders schwere Verantwortung. Wenn von ihm gegenüber dem Kunstseidekartell so entschieden worden ist, wie behauptet wird, dann wird die Grundlinie der Notverordnung in der ganzen Frage der Kartellpreise gefährdet. Wir erwarten eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums zu diesen Fragen.

Deutsch-Französischer Stickstoffvertrag.

Deutschland liefert 150 000 Tonnen Natronsalpeter.

Im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen sind die Sonderverhandlungen, die zwischen dem Deutschen Stickstoffsyndikat und dem französischen Stickstoffkontor abgehalten wurden, nunmehr beendet.

Es handelt sich bei diesem Abkommen um Lieferungen für den französischen Stickstoffbedarf, den Frankreichs eigene Industrie selbst nicht befriedigen kann. Für das laufende Düngejahr soll diese Bedarfsspitze, die auf etwa 150 000 Tonnen geschätzt wird, durch die deutschen Lieferungen gedeckt werden. Der Anreiz zum Abschluß des Abkommens bestand für Frankreich darin, daß die französische Landwirtschaft diese Düngemittel um 10 Franken je Doppelzentner billiger erhält. Bei einem Preise von 83 französischen Franken je Doppelzentner stellt sich der Wert der deutschen Lieferungen auf 124,5 Millionen Franken oder 20,8 Millionen Mark.

Eine Warnung.

Umgehung der Devisenbestimmungen.

Neuerdings versuchen ausländische Firmen, ihre deutschen Lieferanten zu veranlassen, für gelieferte Waren deutsche Wertpapiere in Zahlung zu nehmen. Die Ausländer wollen auf diese Weise die Vorschrift der Devisenbestimmungen umgehen, wonach ihnen der Erlös von Effektenverkäufen in Deutschland nur auf Sperrkonto gutgebracht wird, über das sie nur zu neuer Kapitalanlage im Inland verfügen können.

Die Reichsbehörden warnen davor, derartige Abschlüsse mit ausländischen Firmen zu tätigen. Abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen der Ausländer zu einer unerwünschten Beeinträchtigung der deutschen Devisenbestände führt, setzt sich der deutsche Vertragspartner der Gefahr aus, wegen Beihilfe zu einem Vergehen gegen die Devisenvorschriften strafrechtlich belangt zu werden. Auch ist damit zu rechnen, daß die Devisenbewirtschaftungsstellen solchen Firmen etwa erteilte allgemeine Genehmigungen wegen Unzuverlässigkeit entziehen und daß die Reichsbank gegen sie mit Kreditrestriktionen vorgeht.

Die Großhandelspreise. Die vom Statistischen Reichsamt für den 23. Dezember berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 103,2 gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. gesunken. An dem Rückgang sind mit Ausnahme der Indexziffer für Agrarstoffe alle Hauptgruppen beteiligt: Agrarstoffe 93,6 (— 0,1 Proz.), Kolonialwaren 90,5 (— 0,7 Proz.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 96,3 (— 0,6 Proz.), industrielle Fertigwaren 129,7 (— 0,6 Proz.).

Kapitalherabsetzung bei Gesfürel—Ludw. Loewe. Entsprechend den Bestimmungen der Oktober-Notverordnung über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form beschloß die Generalversammlung der Gesfürel—Ludw. Loewe A.-G. Berlin eine Herabsetzung des Kapitals von 100 auf 80 Millionen durch Einziehung von 20 Millionen eigener Aktien. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Solmssen erklärte hierzu, daß die Hälfte dieses eingezogenen Aktienpakets aus der Fusion mit Ludw. Loewe stamme und der andere Teil aus einer noch nicht begebenen Aktienemission. Bei einem Fortbestehen der eigenen Aktien wären auf Grund der Bilanzierungsvorschriften erhebliche Abschreibungen notwendig

Walter Schirmeier: Das Diphtherieserum

Die Nachtglocke schrillt. Ein angstgehetzter Mann steht an der Haustür und bittet den aus dem Schlafe gerissenen Arzt, schnell zu kommen, um nach dem erkrankten Kinde zu sehen. „Die Kleine ist schon seit ein paar Tagen nicht recht auf dem Posten, aber wir haben weiter kein Gewicht darauf gelegt. Heute abend stellt sich plötzlich Fieber ein. Sie klagt über Halsschmerzen. Die Zunge und der Rachen sind belegt. . ."

Der Arzt untersucht, blickt in den Hals des Kindes — spricht ein schreckeinflößendes, unbarmherziges, todbrohendes Wort: Diphtherie!

Und dann geschieht das Wunderbare: der Arzt legt Spritze und Ampullen zurecht, injiziert eine heilgelbe Flüssigkeit in den Schenkel des Kindes — und das Kind, das schon dem Tode verfallen schien, wird gerettet! — —

Bis zum Jahre 1891 war die Diphtheritis (Rachenbräune) eine Krankheit, deren epidemischem Auftreten und Verlauf die Aerzte ratlos gegenüberstanden. Die Sterblichkeitsziffer schwankte und stieg bisweilen bis auf 70 Prozent der erkrankten Kinder. Und niemand konnte helfen! Man ließ, wenn wieder einmal das Gespenst „Diphtheritis" durch die Häuser schlich, die Kinder vorbeugend gurgeln; man schnitt in verzweifelten Fällen den mit dem Ersticken Ringenden die Luftröhre auf und schob ein Röhrchen hinein, um den Lungen dadurch die Luft zuzuführen, die der durch ein Häutchen, eine dünne Membrane verschlossene Hals nicht passieren ließ — man kämpfte gegen den Tod und hatte dabei doch keine Waffe, um ihn aus dem Felde zu schlagen, die winzig kleinen, keulenförmigen Bazillen und das tödliche Gift, das sie absondern, unschädlich zu machen, seine Wirkung zu zerstören. . .

1884 entdeckte der Arzt Friedrich Löffler den Erreger der Diphtheritis. Zum erstenmal sah er unter dem Mikroskop den Urheber so vieler Leiden: ein unscheinbares Stäbchen, das so viel Angste, Qual und Tod im Gefolge hatte. Seine sofort eifrig aufgenommenen Tierversuche endeten jedoch mit einem Fiasko. Es war ihm nicht vergönnt, das begonnene Werk zu Ende zu führen; er vermutete wohl, daß der Bazillus, der an sich ziemlich harmlose Eigenschaften zeigte, insgeheim ein tödlich wirkendes Gift absondern müßte — aber er konnte nicht den Nachweis erbringen und stellte sein Suchen ergebnislos wieder ein.

Den Weg, den Friedrich Löffler als erster beschritten hatte, zu Ende zu gehen und uns neben der Erkenntnis der mordenden Wirkungen dieses Bazillus auch das Mittel zu seiner Bekämpfung in die Hand zu geben, blieb einem anderen vorbehalten: Emil von Behring.

Etwa zur gleichen Zeit (1888 bis 1891), da in Paris, in dem Institut Pasteur (Louis Pasteur, dem 1885 die Herstellung des Antitoxins gegen die Tollwut gelungen war, lebte damals noch) der Bakteriologe Emile Roux, ein begeisterter Mitarbeiter Pasteurs, zum erstenmal das ausgeschiedene Gift der Diphtheriebazillen isolieren konnte, suchte in Berlin der Militärarzt Emil Behring nach einem Mittel, das die tödlichen, giftabsondernden Mikroben der Diphtherie zerstörte, bevor sie ihr mordendes Werk vollbringen konnten. Er arbeitete im Kochschen Laboratorium in der Schumannstraße, unter der Aufsicht jenes Robert Koch, der als einfacher Landarzt zum erstenmal einen anderen Todfeind der Menschheit, die Stäbchen der Tuberkelbazillen, unter dem Mikroskop erkannt hatte. Jetzt war Koch schon Professor und Geheimrat; unter seiner kühl prüfenden, unbeirrbaren Leitung arbeitete ein ganzer Schwarm forschungsfreudiger Bakteriologen (wer kennt nicht von ihnen z. B. den Namen Paul Ehrlichs, des Erfinders des „Salvarsan", jenes Heilmittels gegen eine noch viel grauenvollere Krankheit: die Syphilis?) — und so hockte auch der phantasiereiche Emil Behring in seinem Zimmer und opferte auf der Suche nach einem Mittel Dutzende von Meerschweinchen, bis er endlich — den ersten kleinen Erfolg zu verzeichnen hatte!

Aber es war ein Sieg, an dem der Forscher keine Freude hatte. Es sah einer Kur des Doktor Eisenbart verzweifelt ähnlich. Gewiß, die Versuchstiere wurden von den Diphtheriebazillen befreit; das Gegenmittel half radikal, doch leider oft so radikal, daß die unglückseligen Meerschweinchen starben — nicht durch das Wirken der Diphtherieerreger, sondern durch den allzu kräftigen Angriff des „Heilmittels".

Aber Behring ließ sich nicht entmutigen. Er sah einen Weg und ging ihn weiter, zäh, ausdauernd und immer das große Ziel vor Augen sehend. Er knüpfte an die Ergebnisse Roux' an, experimentierte, verwarf, versuchte von neuem und erlitt wieder Schiffbruch mit seinen Versuchen, eine vorbeugende Immunisierung der Versuchstiere durchzuführen. Endlich entschloß er sich, sein Serum noch als direktes Heilmittel bei schon Erkrankten anzuwenden und auf die Weiterführung seiner Versuche zwecks Herstellung eines Präventivmittels zu verzichten.

1891, kurz vor der Jahreswende, erhielten zum erstenmal schwerkranke, nach Atem röchelnde Kinder Injektionen von dem Behringschen Antitoxin. Es war ein Erfolg — ein fast voller Erfolg. In der Welle von Jubel, die damals über die Welt ging, vergaß man beinahe, daß das Serum nicht in allen Fällen half. Noch hafteten auch seiner Herstellung Mängel an, die zu beheben wiederum Emile Roux, der Franzose, auf dem Plan erschien. Wahrlich, ein selten schönes Beispiel des Zusammenwirkens eines deutschen und eines französischen Arztes und Forschers zur Erreichung des großen Menschheitszieles, das beiden vorschwebte! Wieviel hätten beide Völker daraus lernen können — — und wie wenig hat man daraus gelernt. . .

Roux fand einen Weg, das bis dahin schwer herzustellende Serum leicht und ohne jede Quälerei der Tiere von Pferden zu gewinnen. Jetzt war genug von dem Mittel vorhanden.

Neuere Versuche haben auch Möglichkeiten zur vorbeugenden Anwendung des Serums erschlossen. Hunderttausende von Säuglingen werden ohne jede Gefahr geimpft und für Lebenszeit gegen die Diphtheritis immunisiert. Es wäre wünschenswert, daß sich der Gedanke der vorbeugenden Behandlung immer mehr verbreitete, daß auf diese Art immer weniger Menschenleben der Seuche zum Opfer fallen; daß damit das hohe Ziel des Weges erreicht wird, an dessen Anfang neben den anderen ein Name leuchtet, stolzer Triumph der Wissenschaft: Emil Behring!

Aber wenn der Verdienst nachließ, fiel er wieder in seine duldende Verzweiflung. Von Galgenfrist zu Galgenfrist schleppte er sich mit knickenden Knien, mit der alten Schuld gegen die Eltern belastet und mit der neuen gegen das Kind, er, das Glied in der Kette der Friedrich Schulzes, einer von den fast zwei Milliarden Menschen, über dessen Existenz eine so große Freude bei seiner Geburt geherrscht hatte.

Wie die Menschen heutzutage altern

In dem eben erschienenen 5. Band seines Werkes „Das Leben des Menschen" schreibt Dr. Fr. Kahn: Der moderne Mensch altert nicht normal, indem alle seine Organe gleichmäßig dem Alter entsprechend eindorren, sondern einzelne durch die Lebensführung offenbar überlastete Organe altern den anderen weit voraus und führen, wenn sie ihrerseits die Todesgrenze erreicht haben, ohne Rücksicht auf die Lebensfrische der anderen zum frühzeitigen Tod des Gesamtorganismus. Der Bauer, der den Tag bei harter Arbeit, aber sonst geregelten und mäßigen Lebensweise in der freien Natur verbringt und seinen Körper wenig pflegt, steht früh gealtert aus. Aber seine Organe in der lederigen Hülle der Haut sind kerngesund. Er wird 70 und 80. Vom Großstädter, der sich zu kleiden und zu halten weiß, rasiert und frisiert, pomadisiert und parfümiert, manikürt und die grauen Härchen auszupfen läßt, gilt das Wort: außen von Gesundheit strotzend, aber innen reif für den Spaten. Unter einer wohlgepflegten rosigen Haut klopft ein schon dreiviertel degeneriertes Herz, zwischen den scheinbar kraftgeschwellten Muskeln laufen verkalkte Adern, in diesem vom Fett so fein umrundeten Bauch hängen zwei Nieren, deren Filtrierapparate einem fortschreitenden Verödungsprozeß anheimgefallen sind. Er gleicht dem Baum, der noch mit breitem Wipfel dasteht, grün belaubt und fruchtbehangen, aber der nächste Sturm fällt ihn, denn im Innern ist er, ohne daß jemand das geringste ahnt, morsch und faul geworden. In den allermeisten Fällen altert als erstes das Kreislaufsystem Herz—Adern—Nieren. Der Mensch gleicht dem Auto, in dem er fährt. Wie am Auto die Gummireifen, so sind in seiner Körpermaschine die Gummischläuche der Adern der schwächste Punkt der Konstruktion. Der Autofahrer führt einen Ersatzreifen mit sich, und wenn ein Reifen, worauf er vorbereitet ist, platzt, hält er den Wagen an und wechselt den Reifen aus. Der Mensch ist noch nicht so weit, einen Ersatzreifen mit sich führen zu können, auch kann die Menschenmaschine sich nicht den Luxus leisten, zum Reifenwechsel zu halten, sie muß laufen. Wenn sie nur einmal stille steht, wird sie sofort aus dem Rennen genommen und von der Landstraße des Lebens heruntergeschoben „auf den Acker". Sie muß die Panne mit dem Leben bezahlen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen stirbt an vorzeitiger Alterung des Herzens, der Adern oder der Nieren. Im höheren Alter bedarf es nur einer geringen Mehrbeanspruchung durch eine kleine, an sich harmlose Erkrankung, um die Katastrophe einer tödlichen Herzschwäche oder des Bruchs einer großen Körperader, einen Herzschlag oder einen Schlaganfall herbeizuführen.

Klingende Säulen — flüsternde Räume

Für eins der Weltwunder des Altertums galten die Memnons-Säulen in Aegypten, zwei Kolossalstatuen, wie sie sich vor den Tempeln am Nil finden. Sie gaben, wenn sie von der Sonne getroffen wurden, seltsame Töne von sich, und jeder Besucher des Nillandes wollte dieses Wunder gehört haben. Man hat diese Klangerscheinung verschiedenartig gedeutet; manche Forscher vermuten, daß sich im Innern der Säule Apparate befanden, die unter dem Einfluß der Morgenstrahlen summende Laute erzeugten, andere vermuten, daß die Töne durch eine Verschmelzung von Sonnenwirkung und einer bestimmten Windrichtung hervorgebracht wurden. Jedenfalls stehen diese singenden Säulen nicht vereinzelt da, wie Anton Mailly in der Leipziger „Illustrierten Zeitung" hervorhebt. So gibt es in der Bielshöhle bei Rübeland im Harz eine solche „klingende Säule", die ein eigenartiges Gesumme hören läßt, wenn sie von den Strahlen der Morgensonne berührt wird. Aehnliches wird von der Südwand der Stiftskirche zu Heiligenkreuz im Wiener Wald erzählt. Auch aus dem Altertum wird von verschiedenen ehernen Tempelsäulen berichtet, die ganz eigenartige Töne von sich gaben. Das Rätsel solcher tönender Denkmäler erklärt sich daraus, daß die Morgensonne einen Luftdurchgang durch ihre Poren bewirkt; dadurch werden tönende Schwingungen veranlaßt. Wenn man in der Morgensonne an einer langen Mauer vorbeigeht, hören Leute mit feinen Ohren ein Schwirren, das in abgeschwächter Form die gleiche Erscheinung darstellt. Bei hohen Erzsäulen wird das Singen durch die schwingende Luft im Innern sowie durch das Auftreffen des Windes auf die Ränder noch wesentlich unterstützt.

Häufiger als solche tönende Säulen findet man eigenartige Schallwirkungen in den Sprachgewölben oder Flüstergalerien. Dabei handelt es sich meist um Gewölbe in Form von Ellipsen oder Parabeln, und es läßt sich nach den akustischen Gesetzen leicht erklären, warum die an einer Stelle leise gesprochenen Worte an einer anderen deutlich vernehmbar sind. Die Schallwellen werden nämlich von der Wand in einem Reflexionswinkel zurückgeworfen, der gleich dem Einfallswinkel ist. Auf diese Weise entsteht auch das einfache und mehrfache Echo. In einem elliptisch gewölbten Raum sammeln sich die Schallwellen, die von dem einen Brennpunkt ausgehen in dem andern, ganz so wie bei zwei gegeneinander gekehrten Hohlspiegeln. Darauf beruht das Geheimnis der „flüsternden Bäume", wie z. B. der Pariser Sternwarte oder der Londoner Paulskirche. Im Altertum haben schlaue Priester diese Erscheinung oft zu „Wunderwirkungen" benutzt, so z. B. beim „Ohr des Dionysius", einem Gewölbe in den Steinbrüchen von Syrakus. Die Orakelkammern der alten Mysterien zeigen ovale Nischen, durch die ein minutenlanges Echo oder ein dumpfes Dröhnen hervorgebracht wurde. Der Indianertempel mit dem „sprechenden Kreuz" auf Yukatan, eine der ältesten Kultstätten Amerikas, ist ebenfalls solch ein Flüstergewölbe, das aus zwei gewölbten Räumen besteht, die die Form und wohl auch die Wirkung von gegenübergestellten Hohlspiegeln haben. Wenn man an einem Ende dieses kreuzförmigen Raumes einige Worte flüsterte, so wurden sie am anderen Ende mit großer Lautstärke wiedergegeben, und so konnte dem Volk auf geheimnisvolle Weise ein Orakel mitgeteilt werden.

Das „Bierzechen der Weiber". Vielfach glaubt man, es sei eine Errungenschaft der Neuzeit, daß Frauen die Wirtschaften besuchen. Das ist aber auch früher schon vielfach der Fall gewesen, so daß sogar die Männer sich darüber beklagt haben. So wendeten sich im Jahre 1576 „die aus gemeiner Bürgerschaft" zu Berna an den Rat mit dem Gesuch, „daß den Weibern am Abend das Bierzechen verboten sein sollte, in Ansehung, daß daraus allerhand Unrecht und Beschwerung nicht allein dem Wirte, sondern auch den Personen, so die Zeche für sie bezahlen müßten, entstände. Und während die Weiber säßen und zechten, ging's dahein in Haus und Hof übel zu mit dem Gesinde und den Kindlein". Die Chronik setzt jedoch hinzu: „Es hat aber solches nit viel helfen wollen, und mag wohl derer Weiblein Einrede das Meiste dazu beigetragen haben."

Das Wort „Leichenbitter" hat mit dem Adjektiv „bitter" nichts gemein. Der Leichenbitter „bittet zur Leiche", das heißt, er ladet die Gäste ein. In manchen Gegenden Deutschlands gibt es heute noch außer Leichenbitter auch den „Hochzeitsbitter".

Marc Stahl:

Ein Kind namens Friedrich Schulze

Ein Kind war geboren worden und deshalb herrschte große Freude. Es ist kaum zu glauben, daß es etwas ausmacht, wenn bei der Gesamtbevölkerung der Erde von 1 Milliarde 854 Millionen Menschen noch einer dazu geboren wird. Aber die Eltern des Kindes waren ganz entschieden anderer Meinung. Sie hielten den Kosmos für unvollkommen, wenn nicht eben dieses Kind Friedrich geboren worden wäre.

Schließlich ist das zu begreifen. Es ist so, als ob man von ebenjenen Infusorien eines genau unter das Mikroskop nimmt und da bekommt es seine ganz besondere Bedeutung.

Die Eltern des Kindes hatten sich natürlich nie mit ähnlichen Erwägungen beschäftigt. Sie waren so glücklich, daß jemand ihren Namen weitertrug, obwohl auch gerade an Leuten namens Schulze kein Mangel herrschte.

Das Kind bekam einen silbernen Patenlöffel, mit dem es seinen Brei essen sollte. Es bekam ihn allerdings nicht in die Hand, der Kostbarkeit wegen, nur einen aus Aluminium, der die selben Dienste leistete, aber der silberne Löffel schwebte doch wie ein Wahrzeichen über ihm. Jedenfalls legten die Eltern ein Gelübde ab, daß es diesem Kinde besser gehen sollte als ihnen selbst.

Um dies zu bewerkstelligen, mußte der Vater 16 Stunden am Tag Gäste in einem Speiselokal bedienen. Das Kind und die Mutter hielten dies für durchaus richtig. Friedrich stolperte dem Vater entgegen, wenn er nach Hause kam, wurde auf den Arm gehoben und hörte der Versicherung zu, daß er dieses alles einmal nicht nötig haben werde.

Er ging zur Schule, lernte leidlich, blieb zweimal sitzen und sah in verzweifelte Gesichter. Er begriff dunkel, daß er sein Dasein wirklich nur geschenkt erhalten hatte und dafür bezahlen müsse, wie für alle Geschenke. Er spielte gern, durfte es aber nicht oft, mit dem Hinweis auf die außerordentlichen Anforderungen, die das Leben an ihn stellen würde. Er war langaufgeschossen und dünn, er hatte wenig Appetit, litt an Kopfschmerzen und schwitzte nachts. Er kam mit Mühe durchs Abiturium und langte mit der Freudennachricht gerade in dem Moment zu Hause an, als der Vater in halber Agonie lag. Die Mutter kniete am Bett und weinte.

Sie sagte unter Schluchzen, daß er seinem Vater allen Dank schulde und zog die Decke von den furchtbar geschwollenen Beinen, die 20 Jahre lang 16 Stunden täglich für ihn unterwegs gewesen waren, um ihm ein Dasein zu bereiten, das nichts vom Schimpfen übelgelaunter Gäste und Verachtung wußte. Es schien Friedrich, als ob die Last dieser Beine ihn zu Boden drücken müßte.

Die Mutter wusch fortan. Sie tat ihr möglichstes, um sich durchs Leben zu bringen und dem Sohn ein Taschengeld zuzustecken. Friedrich wurde etwas, was man mit dem Namen Werkstudent bezeichnet.

Das heißt, er führte ein Leben, gegen das die Plagen seines Vaters, des Kellners, einfach und eindeutig gewesen waren. Er hungerte, arbeitete wie ein Pferd, lernte schwer aus Mangel an Nahrung und genoß dafür die Verachtung vieler Kommilitonen.

Die Mutter pries ihm jeden Tag in der Küche, die von heißem Seifendunst durchzogen war, das Glück, zu den gebildeten Leuten zu gehören. Sie wunderte sich, daß er nicht schneller weiterkam, da doch der Vater ihm alle Wege geebnet habe. Als er endlich sein letztes Examen bestand, machte sie es dem Vater nach, legte sich hin und starb, nicht ohne ihn auf die Opfer aufmerksam zu machen, die man ihm gebracht hatte.

Das Kind Friedrich Schulze, jetzt erwachsen, begann mit der Zentnerlast, die ihm der Tod der beiden Leute, die seine Eltern waren, auferlegt hatte. Durch Fleiß und Tüchtigkeit bemühte er sich, der Opfer wert zu sein. Es war nicht anzunehmen, daß die Eltern noch etwas davon hatten, aber er erleichterte trotzdem sein Gewissen.

Er war jetzt Architekt, hatte eine kleine Anstellung, besaß zwei Paar Schuhe statt des einen, ging Sonntags aus und leistete sich ab und zu eine Zigarre. Er lebte also, gemessen an den wirtschaftlichen Umständen der Zeit, gut, bis er Anita traf.

Anita, schlank, blond, mit nettem, etwas schnippischem Gesicht, tippte im Rechtsanwaltsbüro von Erb u. Ewigmüller tagaus tagein Protokolle, die ihr zum Halse herauswuchsen. Sie beschloß, Friedrich Schulze zu ehelichen, um den Beruf loszusein, führte ihr Projekt mit Erfolg durch und beide lebten in einer Anderthalbzimmerwohnung ein etwas eintöniges Dasein, das nur von den Erzählungen Friedrich Schulzes unterbrochen wurde, die von der Verantwortung handelten, die ihm das Opfer seiner Eltern auferlegt hatte. Anita hörte ohne Teilnahme zu. Sie beanspruchte jetzt das zweite Paar Schuhe, das sonst Friedrich Schulze zugekommen war. Er begnügte sich wieder mit einem, ging wohl noch Sonntags mit ihr aus, verzichtete aber auf die Zigarre, er rauchte nur noch Pfeife.

Dieses Leben führten sie beide, bis wieder ein Kind namens Schulze geboren wurde, nur daß man es dem Zeitgeist entsprechend Fredy rief. Er erfüllte sie ganz mit denselben Hoffnungen wie seine Eltern, rief dieselben Pläne ins Leben und sie legten ein Gelübde ab, daß es dieses Kind besser haben sollte als sie selbst.

Friedrich Schulze arbeitete jetzt, wenn er aus dem Dienst nach Hause kam, noch nebenbei, die Sonntage verbrachte er ebenfalls mit der Anfertigung von Zeichnungen und Bauplänen. Anita wurde schnippischer, beklagte sich über ihre mangelhafte Garderobe, seufzte und ließ den Mann ratlos und unglücklich zurück. Er lebte jetzt zwischen zwei Verantwortungen, einmal der alten, die ihm die Eltern auferlegt hatten, und der neuen, diesen jungen Friedrich Schulze noch ein Stück weiterzubringen als sich selbst. Das ist ein schweres Ding bei schlechter Konjunktur, der ein Kopf mit schwerfälliger Auffassung gegenübersteht.

Als er das Kunststück fertiggebracht hatte, mit dem Maximum an Arbeit ein Minimum an Einnahmen zu erlangen, wurde er abgebaut.

Er aß sich nicht mehr satt, ging vom Tabak zum völligen Nichtraucher über, und auch das einzige Paar Schuhe, das er besaß, wurde nicht mehr rechtzeitig besohlt. Er begegnete Anitas Vorwürfen mit leisen schuldbewußten Entgegnungen, er klopfte den Teppich und trug ihr den Mülleimer auf den Hof, um sie zu beruhigen.

Er blieb mit der Miete im Rückstand, bezog Arbeitslosenunterstützung und ging mit leichtknickenden Knien von Büro zu Büro, um Arbeit zu finden. Der symbolhafte Patenlöffel lag mit anderen Gegenständen längst auf dem Versatzamt. Friedrich wurde an den Schläfen grau, ein Mann mit dreißig Jahren. Das Kind hatte stets Jacken mit ausgewachsenen Aermeln, sein Vater Hosen, die nie zu den Jacken paßten, die Blondheit der Mutter Anita wurde fahl und verstaubt.

Obwohl sein Verstand etwas dumpf war, staunte er doch manchmal selbst über die Ausdauer, mit der er sich über den zähen Sumpf fortarbeitete. Er erzog den Jungen, weil er sich an seinem Dasein für schuldig hielt, zu einem abscheulichen Bengel. Ab und zu verdiente er etwas, das gab ihm neuen Mut. Er konnte dann einen Teil der Schulden bezahlen und genoß so von Lieferanten und Hauswirt eine neue kleine Frist.

Arbeiterbildungsschule.

Arbeitsplan: 1. Quartal Januar bis April 1932.

Seminare.

Fritz Naphtali: „Die Organisation des Geld- und Bankwesens." Jeden Montag, 19½ Uhr, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr. Hörgeld 2,50 M. Beginn 11. Januar 1932.

Dr. Karl Schröder: „Die Literatur in der deutschen Gegenwart." Jeden Freitag, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Tr. Hörgeld 2,50 M. Beginn 15. Januar 1932.

Zentrale Kurse.

Dr. Alfred Braunthal: „Geld-, Kredit- und Bankenfrage in der Krise." Jeden Montag, 19½ Uhr, Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr. Hörgeld 2,50 M. Beginn 11. Januar 1932.

Käthe Kern: „Die Frau im Befreiungskampf der Arbeiterklasse." Jeden Dienstag, 19½ Uhr, Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr. Hörgeld 2,50 M. Beginn 12. Januar 1932.

Dr. Arkadij Gurland: „Das Proletariat im Stellungskrieg, der politische Kampf." Jeden Donnerstag, 19½ Uhr, Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3. Hörgeld 2,50 M. Beginn 14. Januar 1932.

Paula Kurgaß: „Die Frau in der gesellschaftlichen Krise der Gegenwart." Jeden Freitag, 19½ Uhr, Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3. Hörgeld 2,50 M. Beginn 15. Januar 1932.

Friedrich Olk: „Wie schreibe ich für meine Zeitung?" Jeden Dienstag, 19½ Uhr, Sitzungssaal, Lindenstraße 3. Hörgeld 2,50 M. Beginn 19. Januar 1932.

Für die Seminare ist vorherige Anmeldung neuer Teilnehmer notwendig. Auch für die zentralen Kurse ist vorherige Anmeldung in unserem Büro erwünscht.

Kurse, die in den Kreisen stattfinden.

Kreis Mitte. J. P. Mayer: „Vom Kommunistischen Manifest zum Heidelberger Programm". Jeden Montag, 19½ Uhr, Köllnisches Gymnasium, Inselstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 14. Dezember 1931. — Käthe Kern: „Die Frau im Befreiungskampf der Arbeiterklasse". Jeden Montag, 19½ Uhr, Sophienschule, Weinmeisterstr. 16—17. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 11. Januar 1932. — Paul Bernstein: „Demokratie im Sturm". Jeden Donnerstag, 19½ Uhr, Sophienschule, Weinmeisterstr. 16—17. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 10. März 1932.

Kreis Tiergarten. Dr. Karl Schröder: „Unser Weg zum sozialistischen Menschen". Jeden Dienstag, 19½ Uhr, Beiger, Levetzowstr. 11. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 12. Januar 1932.

Kreis Wedding. Dr. Arkadij Gurland: „Klassenkampf um den Alltag". Jeden Dienstag, 20 Uhr, Pank- Ecke Wiesenstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 12. Januar 1932. — Dr. J. Schlesinger: „Sowjetrußland von heute". Jeden Freitag, 20 Uhr, Pank- Ecke Wiesenstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 15. Januar 1932.

Kreis Prenzlauer Berg. Dr. Otto München: „Sowjetrußland und die europäische Arbeiterklasse". Jeden Freitag, 19½ Uhr, Schule Danziger Str. 28. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 22. Januar 1932. — Dr. Ernst Bock: „Die österreichische Sozialdemokratie", Eine Studienreise durch Deutschösterreich (mit Filmvorführungen). Jeden Freitag, 19½ Uhr, Schule Danziger Str. 28. 4 Abende. Hörgeld 1 M. Beginn 1. April 1932.

Kreis Friedrichshain. Walter Auerbach: „Die Entwicklung der außerdeutschen Arbeiterbewegung Europas" (England, Frankreich). Jeden Montag, 20—21½ Uhr, Jugendheim Tilsiter Str. 4—5. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 11. Januar 1932. — Dr. Karl Schröder: „Der Versuch sozialistischer Lebensgestaltung". Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Jugendheim Tilsiter Str. 4—5. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 7. Januar 1932. — Dr. Kranold: „Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zum Monopolkapitalismus". Jeden Freitag, 20 Uhr, Schule Petersburger Str. 4, Zimmer 6. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 29. Januar 1932. — Gottlieb Reese: „Die Einheit von Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterbewegung". Jeden Freitag, 20 Uhr, Schule Petersburger Str. 4, Zimmer 6. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 4. März 1932.

Kreis Charlottenburg: Prof. Denicke: „Einführung in den Marxismus". Jeden Dienstag, 19½ Uhr, Jugendheim Rosinenstr. 4. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 12. Januar 1932.

Kreis Spandau, Abteilung Altstadt: Alex Seelinger: „Die politischen Parteien und ihre Programme". Jeden Montag, 20 Uhr, Oberrealschule, Moltke- Ecke Friedrichstraße. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 18. Januar 1932. — **Abteilung Neustadt.** Dr. H. Pittmann: „Krise und Arbeitsmarkt". Jeden Montag, 20 Uhr, Lokal Makeprang, Neuendorferstr. 8. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 18. Januar 1932. — **Abteilung Wilhelmstadt.** Karl Benedek: „Der sozialistische Mensch". Jeden Montag, 20 Uhr, Höpfner, Pichelsdorfer Str. 3. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 18. Januar 1932. — **Abteilung Siemensstadt.** Alex Seelinger: „Die politischen Parteien und ihre Programme". Jeden Freitag, 20 Uhr, Gemeindeschule Siemensstadt, Schulstraße. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 22. Januar 1932. — **Abteilung Staaken.** Karl Benedek: „Der sozialistische Mensch". Jeden Sonnabend, 20 Uhr, Hoffmann, Staaken, Bahnhofstraße. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 16. Januar 1932.

Kreis Wilmersdorf. Dr. Otto München: „Sowjetrußland und die europäische Arbeiterklasse". Jeden Dienstag, 19½ Uhr, Viktoria-Luise-Schule, Uhlandstr. 91—93. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 19. Januar 1932.

Kreis Zehlendorf. Dr. Otto München: „Das Kommunistische Manifest und die Gegenwart". Jeden Mittwoch, 20 Uhr, Restaurant Waldhaus, Spandauer Str. 36. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 20. Januar 1932.

Kreis Schöneberg. Gottlieb Reese: „Aufbau und Aufgaben der Partei". Jeden Donnerstag, Restaurant Will, Martin-Luther-Str. 66. 6 Abende. Hörgeld 1,50 M. Beginn 14. Januar 1932.

Kreis Steglitz. Dr. Otto München: „Sowjetrußland und die europäische Arbeiterklasse". Jeden Montag, 20 Uhr, Lesesaal der Stadtbücherei, Grunewaldstr. 2. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 18. Januar 1932.

Kreis Tempelhof. Friedrich Olk: „Grundlagen des modernen Imperialismus". Jeden Donnerstag, 19½ Uhr, Ulrichschule, Tempelhof, Ulrichstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 7. Januar 1932.

Kreis Neukölln. Dr. Otto München: „Warum sind wir arbeitslos?" Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Jugendheim Bergstr. 29. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 21. Januar 1932. — Walter Auerbach: „Der Faschismus in Italien". Jeden Dienstag, 20 Uhr, Jugendheim Bergstr. 29. 4 Abende. Hörgeld 1 M. Beginn 19. Januar 1932.

Kreis Treptow. Dr. J. Schlesinger: „Sowjetrußland von heute". Jeden Montag, 20 Uhr, Adlershof, Radickestr. 10—11. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 11. Januar 1932.

Kreis Lichtenberg. Wilhelm Tietgens: „Einführung in die Weltwirtschaftsgeographie und die allgemeine Geopolitik". Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Bibliothek, Weichselstr. 28. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 7. Januar 1932.

Kreis Weißensee. Mathilde Wurm: „Agrarfrage und Sozialdemokratie". Jeden Montag, 20 Uhr, Neue weltliche Schule, Parkstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 11. Januar 1932.

Kreis Reinickendorf-Ost. Prof. Denicke: „Das Proletariat in der Krise". Jeden Donnerstag, 20 Uhr, 10. Volksschule, Holländer Straße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 14. Januar 1932.

Reinickendorf-West. Dr. J. Schlesinger: „Bolschewismus und Faschismus". Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Jugendheim Bahnhofstraße. 4 Abende. Hörgeld 1 M. Beginn 14. Januar 1932. — Dr. Arkadij Gurland: „Die geistigen Strömungen in der Arbeiterklasse". Jeden Montag, 19½ Uhr, Freie Schule, Jugendheim Hermsdorfer Ecke Waidmannstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 11. Januar 1932. — **Abteilung Wittenau.** Käthe Kern: „Die Frau im Befreiungskampf der Arbeiterklasse". Jeden Donnerstag, 20 Uhr, Neue Schule, Hauptstraße. 8 Abende. Hörgeld 2 M. Beginn 14. Januar 1932.

Bibliothek der Arbeiterbildungsschule.

Jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, abends von 6 bis 8 Uhr, ist die Bibliothek, Lindenstraße 3, 3. Hof rechts, 3. Aufgang, 2 Treppen, zur kostenlosen Benutzung für alle Mitglieder der Partei und der Sozialistischen Arbeiterjugend geöffnet.

Feine Finanzierungs-AG.

Die Kundenwerbung des Herrn Generaldirektors.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern ein mehrtägiger Prozeß, der sich mit den Finanzierungsgeschäften der Geschäftsfinanzierungs-A.-G. (Gefiag) in Berlin-Pankow befaßt. Angeklagt ist der Gründer dieser Firma, Generaldirektor Frost, wegen Betruges, wegen Konkursverg hens und wegen nicht ordnungsmäßiger Führung der Geschäftsbücher. Mit ihm sind der Kaufmann Wilhelm Treitschel und der Landwirt Konrad Zöllner als Bezirksdirektoren dieses Unternehmens angeklagt.

Frost gründete seine Gesellschaft im Jahre 1928 mit der Absicht, Finanzierungen im Gastwirtschaftsgewerbe vorzunehmen. Obwohl er unter seinen Geschäftsfreunden als vermögender Mann galt, suchte Frost doch aus allen Kreisen Deutschlands Einleger für seine Aktiengesellschaft zu gewinnen. Große Vorträge wurden in allen Provinzen zur Kundenwerbung abgehalten, in den Propagandaschriften wurde den Einlegern eine Gewinnbeteiligung von 24 Proz. versprochen. Die Schwierigkeiten tauchten auf, als Direktor Frost in dem Aktienbetrugsprozeß gegen den Kommerzienrat Lindemann mit unter Anklage gestellt wurde. Damals verlangten die Geldgeber, meistens einfache Landwirte und kleine Sparer, die Rückzahlung ihrer Einlagen und dabei stellte sich die Insolvenz der Firma heraus. **Geschädigt sind die Einleger um etwa 300 000 Mark.**

Im Juni 1930 wurde Frost in dem Augenblick verhaftet, als er in Hamburg mit falschen Papieren, die auf den Namen seines Portiers lauteten, einen Dampfer nach Amerika besteigen wollte. Der Angeklagte gab dazu an, daß er nicht die Absicht gehabt habe, nach Amerika zu flüchten. Er habe sich lediglich des falschen Namens bedient, da er fürchtete, daß die Steuerbehörden eine Ausreise des Generaldirektors Frost nicht zulassen würden. Auch im übrigen bestritt der Angeklagte, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Das Urteil wird voraussichtlich Donnerstag gesprochen werden.

Wir bauen eine neue Welt!

Der Männer- und Gemischte Chor Adlershof veranstaltete wie alljährlich auch diesmal am 2. Feiertage bei Wöllstein in Adlershof ein Gesangskonzert. Der außerordentlich starke Besuch war ein Zeichen für die Beliebtheit, deren sich der Chor in Adlershof erfreut. Unter Leitung seines langjährigen Dirigenten Ludwig Belitzer gestaltete sich die Programmfolge in ihren einzelnen Teilen zu einer Leistung besten Ranges. Die Vortragsfolge war in vier Abschnitte zerlegt, deren Teile eines das andere ergänzten. Rezitationen, von Walter Altenkirch als Einzelsprecher mit großer Wirkung vorgetragen, verbanden die einzelnen Gesangsnummern, deren Texte außerdem der Hörerschaft auf Lichtbildern lesbar gemacht wurden. Eine wertvolle Ergänzung und Einführung in die musikalischen Stimmungsmomente des Arbeitergesanges boten die Künstlerbilder aus dem Arbeiterleben von Käthe Kollwitz u. a. Das Programm führte in dem 1. Teil „Wir leiden Not!" in die Nöte des proletarischen Daseins. Schärfer und feuriger erhob sich im 2. Teil das Verlangen „Wir fordern Freiheit, Arbeit, Brot!", was in den Melodien Hermann Scherchens und Hehns Tagbark besonders Ausdruck fand. Der 3. und 4. Teil „Wir müssen einig sein und kämpfen!" und „Wir bauen eine neue Welt!" verschmolz zur Synthese des gemeinsamen Kampfwillens der Arbeiterschaft.

Matuschka wird nicht ausgeliefert.

Aburteilung in Oesterreich / Auslieferung nach Ungarn erst nach Verbüßung der Strafe.

Potsdam, 29. Dezember.

Das Bundesministerium für Strafsachen in Wien hat der Potsdamer Staatsanwaltschaft jetzt die endgültige Stellungnahme zur Frage der Auslieferung des Eisenbahnverbrechers Sylvester Matuschka übermittelt. Danach wird Matuschka zuerst in Oesterreich abgeurteilt und muß die Strafe auch dort verbüßen. Erst danach kann er an Ungarn ausgeliefert werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß Ungarn eine Todesstrafe nicht vollstreckt. Damit ist die Auslieferung Matuschkas an Deutschland gegenstandslos geworden.

Sozialdemokratische Lebensmittelsammelstelle

Als ein Zeichen dafür, daß der Gedanke der Solidarität nicht nur als Programmpunkt von uns Sozialdemokraten verkündet wird, sondern auch wirklich in den Herzen unserer Genossinnen und Genossen wohnt, können wir wieder einmal ein schönes Beispiel bringen. So hat die 128. Abteilung Pankow-Süd für ihre erwerbslosen Genossen eine Lebensmittel-Sammelstelle eingerichtet, in der jeder Genosse, der noch dazu in der Lage ist, seine Verbundenheit mit den notleidenden Kameraden bezeigt. Vor allem die Genossinnen sind es, die von ihrem bescheidenen Haushaltgeld das bringen, was sie oftmals nur unter eigenen Entbehrungen noch erübrigen können. So sind an 7 Sammeltagen insgesamt eingekommen: 30 Brote, 63½ Pfund Butter, 4½ Pfund Schmalz, 1½ Pfund Margarine, 26½ Pfund Speck, 30½ Pfund Wurst, 34 Pfund Mehl, 40 Pfund Zucker, 10½ Pfund Nudeln, 3 Pfund Grieß, 3 Pfund Haferflocken, 26½ Pfund Erbsen, 14 Pfund Linsen, 15 Pfund Reis, 17 Pfund Bohnen, 5½ Pfund Malzkaffee, 5 Pfund Fleisch. Außerdem Verschiedenes, wie Schokolade, Kaffee, Backpflaumen, Persil, Seife, Tabak, Aepfel, Pfefferkuchen, Büchsenmilch.

Alle gemeldeten erwerbslosen Parteigenossen konnten dann 14tägig bedacht werden. Und manches Wort freudiger Anerkennung für die Partei ist erfolgt, wenn unvermutet der freiwillige Helfer erschien. — Wir wünschen diesem Werk Nachahmung und weiteren Erfolg.

Max Barella unter Anklage.

Unterschlagungen als Kassierer der Singakademie.

Nach Abschluß der Voruntersuchung hat die Staatsanwaltschaft I Berlin gegen den bekannten Gewehrhändler Max Barella Anklage wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zum Nachteil der Berliner Singakademie und des Vereins Deutscher Jäger und wegen fortgesetzten Betruges gegenüber dem Bankhaus Delbrück, Schickler u. Co. erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt.

Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1926 bis 1931 als Kassenverwalter der Berliner Singakademie etwa 300 000 Mark von den Geldern der Singakademie für sich verbraucht zu haben. Des weiteren wird ihm vorgeworfen, im gleichen Zeitraum als Schatzmeister des Vereins Deutscher Jäger Vereinsgelder im Betrag von rund 8000 Mark veruntreut und unterschlagen zu haben. Barella wird ferner angeklagt, in den Jahren 1930/31 gegenüber dem Bankhaus Delbrück, Schickler u. Co. fortgesetzt Betrug verübt zu haben, wodurch die Bank einen Schaden von rund 114 000 Mark erlitten hat. Wegen weiterer gegen Barella erhobenen Beschuldigungen der Untreue, des versuchten und vollendeten Betruges und des Konkursverbrechens und -vergehens hat die Staatsanwaltschaft beantragt, den Angeschuldigten mangels Beweis außer Verfolgung zu setzen. Barella befindet sich seit dem 27. Juni 1931 in Untersuchungshaft.

Seinen 70. Geburtstag feiert heute unser alter Genosse, der Parteiveteran Gastwirt Meißner, Schivelbeiner Str. 34. Wir wünschen dem stets treuen und pflichtbewußten Genossen noch einen recht langen, sorgenfreien Lebensabend. — Genosse Gustav Damm, Blankenfelde, Kleingärten der Stadt Berlin, feierte am 28. Dezember nach 25jähriger Parteimitgliedschaft seinen 70. Geburtstag. — Wir gratulieren auch ihm herzlichst.

Kammer-Orchesterabend des Volksbildungsamtes Kreuzberg. Am Freitag, dem 8. Januar, 20 Uhr, veranstaltet das Volksbildungsamt im „Orpheum", Hasenheide, Eingang Graefestraße, einen Kammer-Orchesterabend. Für die Veranstaltung ist das Neue-Bach-Orchester unter Leitung von Dr. Wolfgang Herbert verpflichtet worden. Als Solisten wirken mit: Karin Rosander (Violine), Marie Zweig (Klavier), Rolf Ermeler (Flöte), Erich Münkemeyer (Flöte).

Allgemeine Wetterlage.

Zwischen einem Tief, das am Dienstagabend über Westrußland lag, und einem Hoch bei Island hat sich ein nördlicher Luftstrom gebildet, der kalte Luftmassen aus höheren Breiten nach Süden führt. Auch Deutschland gelangte im Laufe der letzten 24 Stunden in den Bereich kühlerer Luft, so daß die Temperaturen im allgemeinen im Sinken begriffen waren. Niederschläge kamen fast überall vor. Bei dem Eindringen einer neuen Staffel Kaltluft kam es am Dienstagmittag im Nordwesten zu Schneefällen, die sich auf einen großen Teil Norddeutschlands ausdehnten und vielfach wieder zur Bildung einer Schneedecke geführt haben. Wie aus den vor sich gehenden Druckänderungen zu schließen ist, wird sich der an der deutschen Küste befindliche Tiefausläufer südwärts bewegen; damit wird unser Bezirk unmittelbar in den kalten Luftstrom hineingeraten.

Wetteraussichten für Berlin. Wolkig bei weiter sinkenden Temperaturen, nachts Frost, einzelne Schneefälle, mäßige, nach nordöstlichen Richtungen drehende Winde. — **Für Deutschland:** Ueberall weitere Abkühlung bis zu Frost, besonders in den gebirgigen Gegenden Schneefälle, im Alpenvorland meist bedeckt, sonst wolkig bis heiter.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 30. Dezember.

17. Abt. Die Bezirksführer müssen unbedingt umgehend die entnommenen Beitragsmarken, Kindersammellisten, Notopfermarken sowie sämtliche Reste beim Genossen Hähne abrechnen.

Morgen, Donnerstag, 31. Dezember.

31. Abt. Unser Parteiwirt Goldschmidt, Stolpische Str. 36, veranstaltet für die Parteigenossen der Abteilung und für eingeführte Gäste eine Silvesterfeier. Da wir das Lokal zur ausschließlichen Benutzung haben, bitten wir um regen Besuch. — Der Abteilungsvorstand.

98. Abt. Jüngerengruppe: Silvesterzusammenkunft im Ideal-Kasino, Weichselstraße 8.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Ab heute befindet sich unsere Geschäftsstelle Lindenstr. 2, vorn 1 Treppe.

Mitte: Der gesamte Kreis trifft sich morgen, 31. Dezember, 11 Uhr, an der Falkenecke (Engelbecken) zur Neujahrsfahrt. Jeder bringt für 3½ Tage Proviant mit und 3,50 M. Getränke und Mittagessen sind in den Preis einberechnet. Derbe Schuhe und Schlafsack nicht vergessen.

Neukölln: Jungfalken-Jahreswendfahrt. Treffpunkt morgen, Donnerstag, 9½ Uhr, Bahnhof Neukölln. Schlafdecken und Wimpel mitbringen. Nachzügler treffen sich 13½ Uhr daselbst. Rote-Falken-Jahreswendfahrt: Treffpunkt morgen, Donnerstag, 13 Uhr, Bahnhof Neukölln. Wimpel mitbringen. Nachzügler 18 Uhr daselbst.

Reinickendorf: Die Kreishelfersitzung am 4. Januar findet nicht statt.

Kreis Charlottenburg und Siemensstadt: Treffpunkt zur Silvesterfeier Donnerstag, 18 Uhr, Bahnhof Charlottenburg. Gruppenkassierer Mittwochnachmittag. Fahrgeld bei Walli Bethke, Rosinenstr. 4, abliefern.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

108a. Abt. Am 24. Dezember ist unser Genosse Bruno Reitkowski, Alte Dahlwitzer Str. 13, im 24. Lebensjahre verstorben. Ehre seinem Andenken! Trauerfeier Donnerstag, 31. Dezember, 8½ Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung bittet der Abteilungsvorstand.

125. Abt. Unser Genosse Fritz Neumann, Gustav-Adolf-Str. 142, ist am 24. Dezember verstorben. Ehre seinem Andenken! Beisetzung heute, Mittwoch, 30. Dezember, 14 Uhr, Gemeindefriedhof, Schönstraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Gesundbrunnen II: Christianiastr. 28: Bunter Abend. — **Gesundbrunnen, Rote Falken:** Gotenburger Str. 2: Bunter Abend. — **Andreasplatz** I: Litauer Straße 18: Lustiges Jahresende. — **Andreasplatz** II: Brommystr. 1: Lustiges Jahresende. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307: Lustiges Jahresende. — **Lichtenrade:** Raoulstraße (Schule): Politischer Rückblick. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1: Julklapp. — **Bohnsdorf:** Wachtelstr. 1: Bunter Abend. — **Köpenick** II: Dahlwitzer Str. 13: Funktionärversammlung. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 63: Mitgliederversammlung. — **Kottbusser Tor:** Urbanstr. 167: Funktionärsitzung.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Vorsitzendenkonferenz um 20 Uhr in der Volksspeisehalle Gleimstraße.

Werbebezirk Kreuzberg: Urbanstr. 167: BO.-Sitzung.

Werbebezirk Neukölln: Sprechstunde um 18 Uhr Ganghoferstraße. Alle Abrechnungen müssen erledigt werden.

*

Falkplatz I: Donnerstag, 31. Dezember, Silvesterfahrt. 18¾ Uhr Schönhauser Allee. — Sonntag, 3. Januar, Fahrt nach Buch. 7½ Uhr Schönhauser Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2. Tr.

Prenzlauer Berg: Die Frau unseres Kameraden Stadtrat Rosemann ist gestorben. Einäscherung Mittwoch, 30. Dezember, 19½ Uhr, Krematorium Gerichtstraße. Gedenkfeier und Mitgliederversammlung für unseren erschossenen Kameraden Willi Schneider nicht am 2. Januar, sondern am Montag, 4. Januar, 20 Uhr, im Saalbau Friedrichshain. Gekaufte Karten haben Gültigkeit. Keine Abendkasse. — **Tempelhof** (Ortsverein): Mittwoch, 30. Dezember, Einäscherung unseres Kameraden Stadtrat Ewald im Krematorium Gerichtstraße. Antreten 13 Uhr U-Bahnhof Ringbahnstraße. — **Wassersportabteilung,** Zug Köpenick: Donnerstag, 31. Dezember, große Silvesterfeier im Bootshaus Köpenick, Wendenschloßstr. 122. Beginn 21 Uhr. Gäste willkommen. — **Köpenick,** Kameradschaft: Kamerad Bruno Reitkowski, 24 Jahre alt, ist verstorben. Einäscherung Donnerstag, 31. Dezember, 8½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Alle dienstfreien Kameraden nehmen daran teil.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.

Gauvorstand. Sitzung am 5. Januar, 19 Uhr, an bekannter Stelle. — **Männerchor Fichte-Georginia 1879.** Die erste Uebungsstunde im neuen Jahr findet schon am Mittwoch, 6. Januar, 20 Uhr, im Leibniz-Gymnasium statt. Am Donnerstag, 7. Januar, Singen im Rundfunk. — **Neuköllner Sängerchor.** Montag, 4. Januar, 19½ Uhr, Mitwirkung bei der Gedenkfeier für Willi Schneider im Saalbau Friedrichshain. Nächste Uebungsstunde am 7. Januar, 19½ Uhr, in der Aula der Albrecht-Dürer-Schule, Neukölln, Emser Straße 137. — **Volkschor Harmonie, Charlottenburg.** Sangesbruder Andreas Bluhmann ist am 27. Dezember verstorben. Die Einäscherung findet am 31. Dezember, 10½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Alle Vereinsmitglieder werden erwartet.

Reichskartell Republik. KAS. Berlin-Osten: Wie in den vergangenen 4 Jahren treffen sich alle Kameraden mit ihren Angehörigen und Freunden am 31. Dezember zu einer gemütlichen Silvesterfeier in unserem Vereinsheim auf dem Sportplatz in Friedrichsfelde.

Gratis für jede Mark Einkauf **ein Sylvester-Pfannkuchen** am 31. Dez. bei HERMANN **Sello** G. M. B. H.

Glühwein u. Punsch ¼ fl. von M 1.50 an
Jamaica-Rum Versch ¼ fl. von M 3.25 an, ca. Literfl. „ „ 4.20 an
Rot u. Bordeaux-Weine ¼ fl. von M 0.65 an, ca. Literfl. „ „ 0.85 an
Alles ohne Glas

Südende: Borstellstraße 19 — Steglitz: Albrechtstraße 16, Düppelstraße 28, Schützenstraße 14 — Westen: Maaßenstraße 18, Lauenburger Str. 3 — Charlottbg.: Danckelmannstr. 12, Kantstraße 133 — Spandau: Schönwalder Str. 95, Breite Straße 66, Klosterstraße 30 — Tegel: Schlieperstraße 21 — Nordwesten: Bredowstraße 8, Emdener Straße 5 — Neukölln: Bergstraße 160, Kais.-Friedr.-Str. 47 — Norden: Ackerstraße 18, Müllerstraße 93, Luxemburger Str. 1, Maxstraße 17, Schererstraße 2, Drontheimer Str. 8, Schwedenstr. 18b, Oderberger Str. 8, Reinickend. Str. 12, Invalidenstraße 110, Pankstraße 40 — Weißensee: Langhansstraße 144 — Osten: Tilsiter Straße 76, Boxhagener Str. 115, Paul-Singer-Str. 16 — Nordosten: Elbinger Straße 30, Bötzowstraße 14, Stargarder Str. 58 — Oranienburg: Bernauer Straße 41 — Bernau: Am Markt 200 — Köpenick: Bahnhofstraße 19, Schloßstraße 26 — Baumsch.-W.: Baumschulenstr. 12 — Treptow: Graetzstraße 12 — Südosten: Manteuffelstraße 56 — Süden: Prinzenstraße 24, Dresdener Str. 41 — Südwesten: Bergmannstr. 103

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater

Mittwoch, den 30. Dezember

Staatsoper Unter den Linden

19½ Uhr

Die Geisha

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr **Wallensteins Tod**

Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr **Datterich**

Winter-Garten 8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt **Bedini Tätani, Barracetas, Luisita Leers, Paolo usw.**

Deutsches Theater 8 Uhr Letzte Aufführung **Antonius und Cleopatra** von Shakespeare Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie Täglich 8¼ Uhr **Die Nemo-Bank** von Louis Verneuil mit **Max Pallenberg**

Kurfürstendamm-Theater J 1 448 — 8¼ Uhr Gsp. d. Aufricht-Produkt. **Mahagonny** von Brecht u. Weill Insz.: Neher. Musik. Leitung: von Zemlinsky

Theater im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr Silvester 7 Uhr **Gitta Alpar** in **Die Dubarry** Preise v. 0,80 M. an

Komödienhaus Schiffbauerdamm 25 D 2, Weidendamm 6304 8¼ Uhr Silvester 7 Uhr Gastsp. Fritz Steiner **„Rose von Stambul"** Amer, Wehowsky, Steiner, Fellx, Kolonie Preise von 50 Pf. an

Metropol-Theater Täglich 8¼ Uhr Silvester 7 Uhr **Ein Lied der Liebe** Rich. Tauber Anni Ahlers Vorverkauf ununterbrochen

Planetarium am Zoo Tägl. außer Montags 5, 7, 9 Uhr **Tabu** 3 Uhr **Märchenfilme**

Blumenspenden jeder Art liefert preiswert **Paul Golletz** vormals Robert Meyer **Mariannenstr. 3** F 8, Oberbaum 1303

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34 Mittwoch, 30. Dez. Turnus III Anfang 20 Uhr **Der Troubadour** Ende gegen 23 Uhr Nachmittag 14 Uhr **Hänsel und Gretel**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Die Großherzogin von Gerolstein**

Staatl. Schiller-Theater 8 Uhr **Datterich**

Theater des Westens Täglich 8¼ Uhr Silvester 7 Uhr **Karl Jöken** in **Der Vogelhändler**

Theater am Nollendorfplatz Regie: Heinz Saltenburg Pallas 7031 Täglich 8¼ Uhr Stgs. auch 4½ Uhr **Gasparone**

Lessing-Theater Täglich 8¼ Uhr Silvester 7 Uhr **Morgen gehts uns gut!** Grete Mosheim, Max Hansen Orchest. Dajos Bela

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132 Tel. Weichsel E 7 3422 6 und 9 Uhr **Eine Frau von Format**

Lichtburg, Berlin-Gesundbrunnen

„Liebeskommando" mit Dolly Haas, Gustav Fröhlich u. a. Foxtön. Wochenschau.

Bühne: **Internation. Varieté und Bühnenschau**

Wochentags 4 Uhr. Jugendvorstellg. Beginn: Wochent. 4, 6.15, 8.30 U. Sonn- u. Feiert. 2.30, 4.45, 7, 9.15 U.

GR. SCHAUSPIELHAUS Täglich 8 Uhr :: Silvester 7 Uhr **Hoffmanns Erzählungen** REINHARDT INSZENIERUNG

HAUS VATERLAND Potsdamer Platz — **Das Vergnügungs-Restaurant Berlins** — BETRIEB KEMPINSKI

NEUE WELT Arnold Scholz U-Bahn Hermannplatz · Hasenheide 108/114

Silvesterball in Oberbayern

6 Kapellen — Humor — Stimmung

Einlaß 6 Uhr — Anfang 7 Uhr

Freitag, den 1. Januar 1932 **Eröffnung der Bockbier-Saison**

Gr. Ochsenbraterei, Gr. Schweinebraterei

Dienstags, Mittwochs und Donnerstags: **Elitetage**

An allen Tagen **Großer Alpenball**

6 Kapellen / Auf der Bühne: Neue Attraktionen / Bayrische Bedienung

Einlaß wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr Lothringer Straße 37.

Die neue Posse **Was man aus Liebe tut**

Dazu die Gesangs- und Tanz-Operette **Das Scheidungs-Souper** und der bunte Varieté-Teil.

Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf., Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin

Auf Grund der IV. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 müssen die Leistungen aus der Krankenversicherung vom 1. Januar 1932 ab auf die Regelleistungen beschränkt werden. Laufende Leistungen bleiben unberührt. Für die ab 1. Januar 1932 eintretenden Versicherungsfälle treten die bisherigen satzungsmäßigen Mehrleistungen somit außer Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1931.

Der Vorstand:

Alfred Forsberg, Vorsitzender. Alfred Schröm, Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung.

Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 8. Dezember 1931 (IV. Notverordnung, 5. Teil, Kap. 1, Abschnitt 2, § 1) ist bestimmt worden, daß die Leistungen aus der Krankenversicherung auf die Regelleistungen beschränkt werden. Laufende Leistungen bleiben unberührt. Die Vorschrift tritt mit dem 1. Januar 1932 in Kraft. Hierdurch werden von diesem Tage ab sämtliche Mehrleistungen unserer Kasse aufgehoben.

Berlin-Steglitz, den 28. Dezember 1931.

Der Vorstand:

Liehr, Vorsitzender. Koglin, Schriftführer.

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin

S. 14, Wallstraße 68.

Bekanntmachung.

Durch die IV. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 werden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Leistungen der Krankenversicherung auf die Regelleistungen herabgesetzt. Danach steht den Mitgliedern der Kasse zu:

a) für Mitglieder:

Krankenhilfe auf die Dauer von 26 Wochen, gleich ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arzneien und kleinen Heilmitteln, im Falle der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit in Höhe von 50 Proz. vom Grundlohn, Hausgeld in Höhe des halben Krankengeldes (Kinderzuschläge zum Krankengeld und Hausgeld, wie auch Taschengeld, kommen in Fortfall); Wochenhilfe gemäß § 195 RVO.; Sterbegeld im zwanzigfachen Betrag vom Grundlohn;

b) für Angehörige:

Wochenhilfe gemäß § 205a RVO.; Krankenpflege auf die Dauer von 13 Wochen (für Ehefrauen und unterhaltsberechtigte Kinder gleich ärztliche Behandlung in den Ambulatorien und Versorgung mit Arzneien und kleinen Heilmitteln. Von den Kosten der Arzneien und kleinen Heilmitteln haben die Versicherten die Hälfte zu tragen.

Die Bestimmungen des § 29a der Satzung (Gewährung von Zuschüssen bei Krankenhauspflege) und § 29b der Satzung (Gewährung von Sterbegeld beim Tode von Angehörigen) treten außer Kraft.

Berlin, im Dezember 1931.

Der Vorstand:

Ziegler, Vorsitzender. Höppner, Schriftführer.

Germania Prachtsäle

N 4, Chausseestraße 110 / Weidendamm 6103, 6080

Großer Silvesterball mit Punschpolonaise und Ueberraschungen

Für die herzliche Anteilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes

Friedrich Binte

sage ich allen denen, die daran teilgenommen haben, meinen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich dem Genossen Harndt, dem Kollegen Willy Dötsch vom ZdA., Herrn Stadtrat Arthur Irgang, der SPD.-Stadtverordnetenfraktion sowie dem Volkschor Tempelhof-Mariendorf.

Gertrud Binte und Familie.

Die Beisetzung der Urne findet heute, den 30. Dezember, nachm. 3½ Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Berlin, Pappelallee 15/17, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Otto Huse

geb. 16. November 1881, am 28. Dezember gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. Dezember, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am 27. Dezember starb unser Kollege, der Werkzeugmacher

Karl Bastian

geb. 22. April 1881.

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 31. Dezember, 13 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Philharmonie 8 Uhr **Sinfonie-Konz.** d. Philharmon. Orch. Dirig. Prof. J. Prüwer Solist Th. van der Pas **Klavier-Konzert** Nr. 2 C-moll-Rachmaninoff Sinf. Nr. 3 Eroica-Beethoven Eintritt 1 M.

Am 26. Dezember starb mein lieber guter Lebenskamerad, unser geliebter Vater und Schwiegervater, der Stereotypeur

Otto Gotthardy

nach schwerem, mit großer Geduld getragenem Leiden im 58. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Elsbeth Gotthardy, geb. Kolisch **und Kinder**

Die Beisetzung findet am 2. Januar 17 Uhr im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Kontobücher bei JUERGENS

Alexanderplatz Neue Königstr. 43

Statt Karten!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unseres unvergeßlichen Gatten und Vaters

Wilhelm Henicke

sagen allen Verwandten, Freunden, Bekannten, Genossen, Kollegen und Kameraden unseren tiefgefühltesten Dank

Luise Henicke und Kinder.

PERTRIX

Pertrix-Batterien sind durch längste Lebensdauer im Gebrauch am billigsten!

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 12 Pf. Fettgedrucktes Wort 25 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). — Stellengesuche das 1. Wort (fettgedruckt) 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis nachmittags 4½ Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Sonntags ist nachmittags von morgens 8½ Uhr bis mittags 1 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Gemmeke u. Blenberg, Dresdenerstraße 96.

Linoleum Stillar, Koloniestraße 9.

Möbel

Polstermöbel. Meine Groß-Fabrikation bietet Ihnen besondere Vorteile in Couches, Klubmöbel, Ruhebetten. Jede Extra-Anfertigung. Lieferung frei Haus. Egon Plücker, Zimmerstraße 78.

Herrenzimmer 250—950, Rindlederssofas 195, Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbellinerstraße).

Gebrauchte Büromöbel im Hofspeicher, Lindenstraße 71—72.

Musik-instrumente

Einzelpianos, Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Reichhaltiges Lager gebrauchter Markenklaviere, 150.—, 225.—, 300.—, 450.—. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 37.

Hoffmann-Pianos jetzt günstige Gelegenheiten. Leipzigerstraße 37 (Spittelmarkt).

Piano 390.—, kreuzsaitig, gebraucht, Monatsmiete 8.—. Kaufanrechnung. Pianohaus Alt-Moabit 96c.

Nähmaschinen

Nähmaschinen Gewaltige Preissenkung und Weihnachtsrabatt auf alle Systeme. Restaurmaschinen billig. Deutsche Nähmaschinen - Vertriebs - G. - G., Berlin S. 59, Kottbusser Damm 10. Neukölln F 2 6462.

Radio

Netzanschlußgeräte, fabrikneu, Markenfabrikate, Modell 31, zu jedem annehmbaren Preis, Dorotheenstraße 68, II rechts, gegenüber Wintergarten.

Geschäftsverkäufe

Tischlerwerkstatt billig zu verkaufen. Schnell, Gaterstraße 67.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20, Haltestelle Adalbertstraße.

Die Regierung an der Saar.

Neuwahlen durch den Völkerbund.

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes Sir Ernest Wilton und das tschechische Regierungsmitglied Dr. Franz Bezensky haben dem Völkerbundsrat mitgeteilt, daß sie ihre Aemter dem Rat zur Verfügung stellen; sie lehnten eine Wiederwahl ab. Der Völkerbundsrat wird bis zu seiner nächsten Sitzung am 19. Januar für andere Kandidaten Sorge tragen müssen.

Präsident Wilton war seit längerer Zeit amtsmüde und wollte eigentlich schon im vergangenen Jahr das „ungastliche" Saargebiet verlassen. Er wurde am 8 Juni 1927 als Nachfolger des Kanadiers Stephan vom Völkerbundsrat gewählt. Einen Monat später trat er sein Amt in der Hindenburgstraße an.

Herr Bezensky war ursprünglich Richter am Obergericht in Saarlouis. Regierungsmitglied wurde er am 30. September 1924 als Nachfolger des Spaniers Espinola de los Monteros, der nach nur halbjähriger Regierungstätigkeit plötzlich starb.

Deutsches Notrecht im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebiets verhandelte am Montag mit den Vertretern der Parteien und der Gewerkschaften über die geplante Uebernahme der sozialen Einschränkungen der Vierten Notverordnung der Reichsregierung für das Saargebiet. Die Regierungskommission hat bereits beschlossen, die neuen Sozialversicherungsbestimmungen in diesen Tagen zu veröffentlichen. Die Leistungskürzungen sollen am 1. Februar in Kraft treten.

Die Vertreter der Saarbevölkerung haben eingehend und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Uebernahme der Bestimmungen der Reichsnotverordnung über die Sozialversicherung allein rechtlich untragbar sei, da zum mindesten auch andere wesentliche Teile der Reichsnotverordnung, die eine Entlastung der Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten, gleichzeitig durchgeführt werden müßten.

Demgegenüber erklärte die Regierungskommission, daß sie bis zum . Februar, dem Zeitpunkt des Leistungsabbaues der Sozialversicherung, auch über die übrigen Punkte der Notverordnung, soweit sie für das Saargebiet in Betracht kamen, noch Beschlüsse fassen werde.

Die Einfuhr wird gedrosselt.

In Holland, Spanien, Polen und Griechen and.

Der Gesetzentwurf über die Kontingentierung der Einfuhr ist jetzt von der Ersten Niederländischen Kammer angenommen worden.

Dieses Gesetz gibt der Regierung die Ermächtigung, nach ihrem Ermessen bestimmte Einfuhrwaren zu kontingentieren, das heißt deren Einfuhr auf eine bestimmte Höhe festzusetzen. Das Gesetz soll Gültigkeit bis zum 1. Januar 1935 haben. — Im Hinblick auf die handelspolitische Lage, in die Holland bei seinen engen Verbindungen mit England und Skandinavien durch den Sturz des Pfundes und sämtlicher Kronenwährungen gekommen ist, kann zur Zeit angenommen werden, daß Deutschland von diesen Drosselungsmaßnahmen in Holland nur wenig oder gar nicht betroffen wird. Das neue Kontingentsgesetz scheint vielmehr als Gegenmaßnahme gegen das Währungsdumping der genannten Länder zum Schutze der holländischen Wirtschaft gedacht zu sein. Allerdings besteht nach allen Erfahrungen die Gefahr, daß ein Land, das erst einmal den gefährlichen Weg der Einfuhrkontingentierung betreten hat, nahezu zwangsläufig unter dem Druck neuer inländischer Interessenforderungen sich zu immer weiteren Konzessionen an die Schutzzöllner entschließen muß.

Der neue spanische Präsident hat gleichfalls ein Gesetz unterzeichnet, das für wichtige Importwaren die Kontingentierung vorsieht. In der Begründung heißt es, daß Spanien zu einer Einfuhrdrosselung gegen die Länder gezwungen ist, die den spanischen Produkten allzu große Beschränkungen auferlegt haben. Also auch bei diesem spanischen Einfuhrgesetz scheint es sich um ganz offensichtliche Vergeltungsmaßnahmen zu handeln. Auf der bisherigen Kontingentsliste stehen auch wichtige Fabrikate, die Deutschland sehr stark angehen, so elektrotechnische Fabrikate, Automobile usw. Von Bedeutung ist diejenige Bestimmung des Gesetzes, daß bei künftigen Handelsverträgen die Meistbegünstigungsklausel nicht mehr allgemein, sondern nur für bestimmte Artikel bewilligt werden soll. In Kürze wird Spanien in Verhandlungen wegen Revision der Handelsverträge eintreten, die nicht diesen neuen Bestimmungen entsprechen.

In Polen wird dieser Tage eine Reihe von Zollverordnungen erlassen, die für 70 Hauptposten und 200 Unterpositionen scharfe Zollerhöhungen und sogar völlige Einfuhrverbote vorsieht. Der deutsche Export wird besonders durch Einfuhrverbote auf Nähmaschinen, Radioapparate, elektrotechnische Artikel, Apparaturen und Textilgewebe von diesen Verordnungen in Mitleidenschaft gezogen. Die neuen Maßnahmen treten am 1. Januar in Kraft.

Damit auch der Balkan bei diesem handelspolitischen Hexensabbath nicht fehlt, hat der griechische Außenminister gleichfalls nahe bevorstehende Kontingentierungsmaßnahmen angekündigt, wobei die Hauptabnehmer griechischer Waren bevorzugt werden sollen.

Japan gegen fremde Militärattachés.

Vorwurf der einseitigen Berichterstattung.

Tokio, 29. Dezember.

In einer Erklärung für die Presse gab das Kriegsministerium seinem großen Befremden und Unmillen über die Berichte der fremden Militärattachés und diplomatischen Beobachter, besonders der Engländer und Amerikaner in Tschintschau, Ausdruck, auf deren Mitteilungen sich offenbar der letzte Schritt der drei Mächte in Tokio gründe und auf die es wohl auch zurückzuführen sei, daß die Chinesen Tschintschau nicht räumen wollten.

Gegenüber den erwähnten Berichten sei zu erklären, Japan besitze schlagende Beweise, daß die Zunahme des Banditentums in der südlichen Mandschurei unmittelbar vom Hauptquartier in Tschintschau veranlaßt worden sei. Dieses leite auch die Tätigkeit der Banden, obwohl es selbst den Schein aufrecht zu erhalten suche, daß die Banden selbständig handelten. Um eine weitere Irreführung der fremden Regierungen durch örtlich beschränkte Beobachtungen zu verhindern, werde Tokio unter Umständen offiziell bei den Mächten protestieren und Beweise für agressive Handlungen des Hauptquartiers von Tschintschau vorlegen.

Das Kriegsspiel geht weiter.

Tokio, 29. Dezember. (Reuter.)

In den Morgenstunden belegte ein japanisches Flugzeug eine stärkere chinesische Abteilung bei Panschan mit Bomben. Die Chinesen erwiderten mit Maschinengewehr- und Geschützfeuer. Schließlich zogen sie sich zurück und ließen eine japanische Abteilung in Panschan einrücken.

Der Daneben-Wahrsager.

Hitler: „Im Vertrauen auf Ihre Orakel habe ich felsenfest prophezeit, daß ich noch 1931 zur Macht käme. Jetzt schreiben wir Jahresschluß — und nichts ist! Ich kündige Ihnen und versuch's mal mit der Wahrsagerin von Sklareks!"

Italiens Spuren schrecken!

Not und namenlose Greuel, die Früchte des Faschismus.

Locarno, Ende Dezember. (Eigenbericht.)

Nicht im Zeichen des Weihnachtsfriedens und froher Neujahrshoffnungen zieht das neue Jahr für Italien herauf, sondern im Zeichen des Kampfes, der heute nicht mit goldenen Verheißungen, sondern mit eisernen Forderungen vor das italienische Volk tritt. Während in Deutschland und Oesterreich die Reaktion Italien und seine Diktatur als Musterbild bürgerlichen Friedens und nationaler Disziplin hinstellt, züngelt in dem Lande, das der Faschismus als Beute beansprucht, schon der Bürgerkrieg. Noch nicht als offener Brand, aber in zahllosen kleinen Herden, die die Diktatur sich zu ersticken eilt, während sie mit angstvoller Spannung nach Mitteleuropa schaut, wo der Faschismus siegen soll, ehe er in Italien zusammenbricht. Wenn Mussolini, der keine italienischen Parteien duldet,

im ganzen Lande Hitlerfilialen

errichten läßt, so weiß er wohl, warum. Er hat es noch eiliger als Hitler selbst, Deutschland unter der Diktatur zu sehen. Es hängt von den demokratischen Kräften hüben und drüben ab, daß der italienische Faschismus den Anschluß an das Dritte Reich verpaßt.

Zwei wesentliche Erscheinungen hat das Jahr 1931 gezeitigt; es hat in der ganzen Welt, namentlich aber in Mitteleuropa, die Erkenntnis geweckt, daß der Faschismus eine internationale Drohung ist, gegen die auf verschiedenen, mit einander solidarischen Fronten gekämpft wird, und es hat zu einer Einigung in der antifaschistischen Bewegung Italiens geführt. Man kann wohl sagen, daß die Kampffront gleichzeitig erweitert und verstärkt worden ist.

Die Einigung im antifaschistischen Lager,

der im Jahre 1930 die Einigung innerhalb der sozialistischen Bewegung vorausgegangen war, findet ihren Ausdruck einmal in dem Einvernehmen zwischen der antifaschistischen Konzentration und der südslawischen Opposition, dann in dem Zusammengehen der Konzentration und der revolutionären Bewegung „Gerechtigkeit und Freiheit". Als ein Aktionskomitee aus Angehörigen der republikanischen, sozialistischen und bürgerlich-radikalen Partei entstanden, hat diese Bewegung zunächst außerhalb aller Parteien gewirkt, vielfach parallel mit deren Aktion. Heute besteht nun ein Einvernehmen, demzufolge „Gerechtigkeit und Freiheit" planmäßig mit der Konzentration zusammenarbeitet, so daß die bisherige Kräfteverschwendung vermieden wird, ohne daß darum der Aktion bürokratische Fesseln angelegt würden. Auch die winzige monarchische Opposition gegen den Faschismus, die sich um die „Alleanza Nazionale" scharte, ist heute aufgegangen im demokratisch-republikanischen Antifaschismus. De Bosis selbst hat durch seinen Opfertod die von ihm geführte Bewegung aus der Enge einer überlebten politischen Auffassung in die breite Front des Befreiungskampfes geleitet. Heute steht das ganze antifaschistische Italien hinter der Konzentration mit der einzigen Ausnahme der Kommunisten, die die italienische Diktatur auf das schärfste bekämpft, soweit sie im eigenen Lande wirken, um in der auswärtigen Politik mit der Sowjetrepublik in innigster Freundschaft zu leben.

Angriff und Abwehr sind heute in Italien heftiger und erbitterter, als sie es vor einem Jahre waren. Das Bewußtsein, daß die heutigen Zustände unerträglich sind, aber eine Aenderung nur durch schwere Kämpfe errungen werden kann, ist viel mehr verbreitet. Tag für Tag werden Flugschriften von „Gerechtigkeit und Freiheit" von der Polizei aufgestöbert, immer wieder kommen ihre Mitglieder vor das Ausnahmegericht und werden

zu Jahrzehnten Zuchthaus verurteilt.

Allein im Dezember des Jahres 1931 sind zehn Milizleute als Opfer des Hasses gegen das Regime gefallen, nämlich in Piano di Baldagno ein Offizier der Miliz, in Barrafranca (Messina) drei Schwarzhemden, die während einer Arbeitslosendemonstration getötet wurden, in Verona ein Unteroffizier der Forstmiliz, in Varallo der Sekretär des Fascio, in Piacenza ein Milizmann, der am hellen Tage erschossen wurde, in Antignano d'Asti ein anderer durch Revolverschüsse, einer in Görz durch eine Bombenexplosion im Hause des Fascio und schließlich ein Angehöriger der Mailänder Miliz, der von Arbeitslosen überfallen und schwer verwundet wurde. In Barletta (Apulien) haben Hunderte von Arbeitslosen die Stadt unter dem Rufe durchzogen: „Nieder der Faschismus! Wir haben Hunger!" Die Miliz hat angegriffen, die Menge hat sich gewehrt, und es hat einen Toten und dreißig Verwundete gegeben. In Cuneo haben die Rekruten des Infanterieregiments Nr. 103 gemeutert wegen der schlechten Verpflegung und der allzu strengen Disziplin. Man sieht, das Land ist müde und übermüde.

Gegen diese Unzufriedenheit und Unruhen geht der Faschismus mit immer brutaleren Methoden an. Man erinnert sich, daß am 28. Mai der Anarchist Schirru erschossen wurde, nicht wegen eines Attentats auf Mussolini, sondern nur wegen der Absicht eines Attentats. Wegen Propaganda für „Giustizia e Libertà" haben Professor Rossi und Riccardo Bauer zwanzig Jahre Zuchthaus bekommen. Auf

die Greuel in den italienischen Gefängnissen

wirft eine Verhandlung grelles Licht, die soeben in Mailand stattgefunden hat. In dem berüchtigten Mailänder Gefängnis von San Vittore hatte man im März dieses Jahres einen nicht politischen Gefangenen bewußtlos und blutüberströmt in seiner Zelle gefunden. Sterbend beschuldigte er seinen Mitgefangenen, ihn mißhandelt zu haben. Die Autopsie ergab: Bruch des Unterkiefers, mehrerer Schädelknochen, des Brustbeins und zahllose Weichteilverletzungen am ganzen Körper. Beim Prozeß kommt heraus, daß viele Mitgefangene den Unglücklichen haben um Hilfe schreien hören. Sie sagen aber aus, sie hätten den Schreien „keine Bedeutung beigemessen". Wie sollten sie auch? An derartige Töne ist man in italienischen Gefängnissen gewöhnt und hält sie für natürliche Begleiterscheinungen einer — faschistischen Amtshandlung. Greueltaten ohne gleichen berichtet die vom Genossen Turati herausgegebene Korrespondenz „Italia". In Neapel wurden vor einigen Monaten die Aerzte Reale und Catalani, ein Ingenieur Nunziante und dessen Bruder, ein Rechtsanwalt, verhaftet. Als einziger, der sie hätte der Polizei anzeigen können, kam ein Arbeiter Rippa in Betracht, den man als ehrlich und treu kannte. Erst jetzt erfährt man, daß Rippa tatsächlich der Anzeiger war, und man erfährt nicht, unter wie furchtbaren Bedingungen er es werden mußte. Man hat ihn im Gefängnis tagelang auf den nackten Leib mit dem Ochsenziemer geschlagen. Als er nicht gestand, ließ man die Frau und zwei kleine Kinder des Gefangenen kommen und schlug ihn, dessen Körper schon ganz von Blut überströmt war, in ihrer Gegenwart. Der Wackere gab noch immer nicht nach, und da griff man zum Aeußersten:

man zog die Kinder aus und hieb auf sie ein, vor den Augen des Vaters.

Und die blutigen Striemen auf den Kinderleibern lösten dem Mann die Zunge. Er, der Ehrliche und Treue, gab die Namen preis.

Die Wirtschaftskrise, so furchtbar sie ist, ist nicht das Furchtbarste im heutigen Italien. Sie lastet auf dem Lande mit derselben Wucht wie in den andern Staaten, schwerer, weil die Arbeiter ganz wehrlos sind, weniger unerträglich nur insofern, als das mildere Klima die Qualen der Kälte erspart. Mit all seiner „Zusammenarbeit der Klassen" hat der Faschismus die Krise in keiner Weise zu bändigen vermocht. Sie dient ihm als Alibi, weil die Diktatur, die auch ohne die Weltkrise die Arbeiterschaft verelendet hätte, jetzt wenigstens der allgemeinen Wirtschaftsnot die Schuld geben kann. Viele Arbeiter in Italien wissen gar nicht, daß in Sachen Krise der Faschismus wirklich originell und schöpferisch war, indem er ganz auf eigene Faust durch seinen maßlosen Parasitismus, durch die Vergeudung und Unehrlichkeit der Verwaltung, durch die Gängelung der Industrie und deren periodische Brandschatzung durch die Hierarchen das Land wirtschaftlich ausgeblutet hat, ohne erst den Kräfteverfall der kapitalistischen Welt abzuwarten.

Als Folge der Not sinkt die Zahl der Eheschließungen und Geburten, aber die der Todesfälle steigt.

Das Jahr 1931, das bekanntlich das Ende der faschistischen Ausnahmegesetze und des Ausnahmegerichts — beide sollten fünf Jahre dauern — bringen sollte, hat sie zu dauernden Einrichtungen des faschistischen Regimes werden sehen. Es hat auch ein faschistisches Strafgesetzbuch und eine faschistische Strafprozeßordnung gebracht, durch die Italien geistig immer mehr von Europa abrückt. Die Garantien des Individuums gegen Uebergriffe der Staatsgewalt werden abgebaut, die Rechte der Verteidigung schrumpfen zusammen. Bei Beschuldigung wegen Verbrechens im Amt, die zu einer Verleumdungsklage führte, ist das Antreten des Wahrheitsbeweises verboten. Untersuchungshaft wird die Regel. Die Geschworenen sind abgeschafft, die Todesstrafe wird wieder eingeführt,

alle Strafen werden ungeheuer erhöht.

Für den Faschismus gilt dies als Ausdruck der Kraft und als Mittel, neue Kraft zu erwerben. In Wahrheit ist aber der seine eigenen Bürger angreifende Staat nur eine Partei, die die Machtmittel des Staates gestohlen hat, ein als Gendarm verkleideter Wegelagerer. Man fängt heute an, zu merken, daß er die Straßen ganz Europas unsicher macht. —

Gewerkschaften unerschüttert.

In den Betrieben der Metallindustrie glänzend behauptet.

Auf der Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte und der Konzernvertreter in der Metallindustrie wurde nach Beendigung der Debatte über die Rationalisierung die Betriebsrätebewegung im Jahr 1931 behandelt. Betriebsrätesekretär Bührig skizzierte das Ergebnis der Betriebsrätewahlen 1931, denen ein Wahlkampf von einer Heftigkeit und Erbitterung vorausging, wie er seit Schaffung des BRG. nicht ausgetragen wurde.

Die Kommunisten waren 1930 zur Bildung eigener Organisationen übergegangen, nachdem ihr Vorgehen bei den Betriebsrätewahlen 1929 und 1930 sowie ihre Versuche, bestimmend in die gewerkschaftlichen Kämpfe einzugreifen, sie aus den Gewerkschaften ausgeschaltet hatte. Auch die Nationalsozialisten hielten den Augenblick zu einem Angriff auf die Gewerkschaften für gekommen. Die Gewerkschaften befanden sich damit in der Abwehr nach links und rechts. Dennoch ist

der Wahlausgang ein voller Erfolg

gewesen. Es ist nicht gelungen, ihre Stellung zu erschüttern. Das beweisen die vom Vorstand des DMV. vorgenommenen detaillierten Erhebungen über die Betriebsrätewahlen 1931. In 10 190 erfaßten Betrieben mit 1,48 Millionen Beschäftigten (darunter 268 773 Angestellten) wurden 24 317 Arbeitervertreter und 3935 Angestelltenvertreter in den Betriebsrat gewählt. Von den Mandaten entfielen

82,36 Proz. auf die freien Gewerkschaften,

7,32 Proz. auf die Christlichen und 1,62 Proz. auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. In den Rest von 8,7 Proz. teilen sich sechs andere Gruppen, und zwar die RGO.-Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten, Nationalsozialisten, Stahlhelmer, Gelbe sowie die Unorganisierten.

Die Kommunisten, die sich 1930 in 213 Betrieben an der Wahl beteiligten, reichten 1931 in 452 Betrieben Vorschlagslisten ein. Wesentlich zurückgegangen ist durch ihr Auftreten die Bewegung der Unionisten und Syndikalisten.

147 von 10 190 Mandaten haben die Nazis einzig auf Kosten der früher als Unorganisierte zusammengefaßten Gruppen erreicht.

Bei den Angestellten zeigt die Mandatverteilung 1931 im Vergleich zu 1930 für die freien Angestelltenverbände leider ein ungünstigeres Bild. Die AfA-Verbände konnten sich 1931 nur 55,1 Proz. der Mandate holen (im Vorjahr 62,1 Proz.), die gegnerischen Gewerkschaften erzielten 31,77 Proz. der Mandate (26,4), auf Nazis, Stahlhelmer, Gelbe usw. sowie auf Unorganisierte entfallen 13,13 Proz. der Mandate (11,5 Proz.). Die RGO. ist bei den Angestellten nur mit 0,05 Proz. vertreten.

Delegierte in den Aufsichtsrat wurden in 682 Unternehmungen gewählt. Auf 538 Betriebe entfallen je zwei Vertreter, deren Gesamtzahl beträgt also 1220.

Vorstand und Beirat des DMV. haben im Juni 1931 neue Richtlinien zur Zusammenfassung der Betriebsräte im DMV. beschlossen. Diese Richtlinien sollen und werden die Zusammenarbeit zwischen Betriebsräte und Vorstand fördern und festigen. Diese Zusammenarbeit wird angesichts der den Betriebsräten im neuen Jahr bevorstehenden Aufgaben eine dringende Notwendigkeit. Die Betriebsrätewahlen für 1932 sind durch die Notverordnung aufgehoben. Die Betriebsräte können also ihre gesammelten Erfahrungen auch 1932 zum Wohl der Arbeiter nutzbar anwenden.

Die Wirtschaftskrise hat die Stellung der Betriebsräte stark berührt.

Die Erschütterungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems wirken sich aus. Die Betriebsräte haben daher Hand in Hand mit den Gewerkschaften jetzt und in absehbarer Zukunft praktische wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen.

Brandes sprach über die von einigen Rednern kritisierte Tolerierungspolitik der SPD. Partei und Gewerkschaften verfolgen die — selbst von Lenin und Trotzki empfohlene — Taktik der Kompromisse im ureigensten Interesse der Arbeiterschaft. Lieber heute wie morgen würden die Führer der Gewerkschaften der Regierung Brüning jede weitere Hilfe verweigern, wenn man damit der Arbeiterschaft irgendwie helfen würde. Wir dürfen unseren Feinden nicht freiwillig die Macht in die Hände geben.

Genosse Lustig bekundet im Namen der anwesenden Vertreter der Angestelltenverbände die innige Verbundenheit zwischen Arbeitern und Angestellten und betont die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit. Nach einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen wurde die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband geschlossen.

Klagen der Außenmonteure.

Wie die Unternehmer Qualitätsarbeit schätzen.

Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Berliner Außenmonteure kamen am Sonntag zu ihrer traditionellen Weihnachtsversammlung zusammen, die dem Austausch ihrer Erfahrungen untereinander und der persönlichen Fühlungnahme mit ihren Organisationsvertretern dient.

Die Außenmonteure, die im Verhältnis zu den Belegschaften ihrer Betriebe nur eine kleine Zahl von allerdings hochqualifizierten Facharbeitern sind, haben unter dem Krisendruck ebenso zu leiden wie die Werkstattarbeiter. Das Bereisen fremder Städte und Länder und die persönliche Freiheit des Monteurs an seinem jeweiligen Arbeitsort sind längst nicht mehr so beneidenswert, wie es nach manchem seiner Werkstattkollegen erscheint. Seine Bezahlung ist nur noch in wenigen Fällen besser als die des qualifizierten Facharbeiters im Betriebe und seine Montagezulage, genannt Auslösung, kaum so hoch, um den Mehraufwand für Zimmermiete, Beköstigung und dergl. am Montageort begleichen zu können.

Wie Genosse Gron berichtete, haben die Metallindustriellen nach der Senkung der Berliner Metallarbeiterlöhne auf Grund der Notverordnung die Forderung gestellt, auch die Auslösungssätze der Monteure im gleichen Umfange zu kürzen. Der Metallarbeiterverband hat dieses Ansinnen zurückgewiesen, da in der Notverordnung nur von einer 10- bzw. 15prozentigen Lohn- oder Gehaltssenkung die Rede ist, nicht aber von der Senkung der Sonderzulagen. In den Besprechungen der Gewerkschaften mit Vertretern der Reichsregierung ist auch ausdrücklich erklärt worden, daß an eine Kürzung der Sonderzulagen auch der Montagezuschläge nicht gedacht sei. Der Schlichter, der in einem ähnlichen Streitfalle der Auffassung der Gewerkschaftsvertreter beigetreten ist, dürfte auch in diesem Falle keine andere Entscheidung treffen. Gegen das Verlangen des VBMI., die Auslösungssätze zu kürzen, wurde von den Monteuren scharf protestiert.

Genosse Gron versprach, die Organisation werde entsprechend den Anregungen der Versammlung handeln und in der nächsten Versammlung am Ostersonnabend über die Schritte der Organisation berichten. An Stelle des verstorbenen Genossen Schmalz, der ein Jahrzehnt die Berliner Monteurbewegung ehrenamtlich geleitet hat, und dessen aufopfernder Tätigkeit die Versammlung ehrend gedachte, wurde Genosse Melzer von der AEG-Turbinenfabrik zum Obmann der Berliner Monteurkommission einstimmig gewählt.

Die Angestellten im Brauereigewerbe.

Was ihnen als Weihnachtsgeschenk beschert wurde.

Vor dem Schlichter wurde am Heiligen Abend über die Festsetzung der Gehälter ab 1. Januar 1932 für die Brauereiangestellten auf Grund der Notverordnung verhandelt. Wie bereits berichtet, verlangten die Unternehmer einen Abbau von 15 Prozent, mit der Begründung, daß die ab 1. Oktober durch Schiedsspruch festgelegten Gehälter infolge Einführung der Kurzarbeit ab 16. August nicht zur Auswirkung gekommen seien. Der ZdA.-Vertreter behauptete dagegen, daß die ab 1. Oktober gültigen Gehälter bereits Anwendung gefunden haben.

Der Schlichter hat entschieden, daß ab 1. Januar 1932 **die ab 1. Oktober festgesetzten Gehälter um 10 Prozent zu kürzen sind.** Die „sozial“ eingestellten Unternehmervertreter forderten darüber hinaus, daß auch die Sozialzulagen um 10 Prozent zu kürzen sind. Aber auch in dieser Frage mußte entschieden werden, **daß diese Zulagen von einem Abbau nicht betroffen werden** können.

Ueber eine Aenderung des Kurzarbeitsabkommens hatte der Schlichter keine Möglichkeit, zu entscheiden. Die Unternehmer haben jedoch erklärt, daß sie es ablehnen, über eine Kürzung des Abzuges von 15 Prozent zu verhandeln.

Unerhört ist es, daß die Angestellten zu Kurzarbeit gezwungen werden, obwohl so große Arbeitsüberlastung besteht, daß unbezahlte Mehrarbeit geleistet wird. Es ist die Frage aufzuwerfen, welchen Sinn dann noch ein Abkommen über Kurzarbeit haben soll.

Der Zentralverband der Angestellten wird die Aufsichtsbehörden veranlassen, gegen derartige Maßnahmen einzuschreiten. Den Angestellten muß gesagt werden, daß bei der Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen ihre Unterstützung dringend notwendig ist, und daß sie darüber hinaus dazu beizutragen haben, daß der letzte Angestellte die freigewerkschaftliche Front im ZdA. stärkt.

10 Prozent bei Brauereiarbeitern.

Der Konflikt über die Neufestsetzung der Löhne der Berliner Brauereiarbeiter, der wegen der Auslegung der Notverordnung entstanden ist, ist durch den Schlichter entschieden worden. Die Brauereiunternehmer forderten einen 15prozentigen Lohnabbau, weil der ab 1. Oktober fällige Lohnabbau, der infolge des teilweisen Lohnausgleichs bei der Einführung der Fünftagewoche in den Brauereien praktisch noch nicht wirksam geworden ist. Der Schlichter hat diesen Einwand der Brauereibesitzer nicht gelten lassen und endgültig dahin entschieden, daß die Brauereiarbeiterlöhne ab 1. Januar nur um 10 Proz. gekürzt werden dürfen.

Freie Hand den Unternehmern.

Die KPD. unterwirft sich.

Die Leser des „Vorwärts“ kennen die Bestimmungen der Notverordnung über den Abbau der Löhne und Gehälter. Sie kennen die durch das Wolffbüro verbreitete Erläuterung über die Durchführung dieser Bestimmungen. Wie haben aufgezeigt, daß diese Bestimmungen, soweit sie die Löhne und Gehälter in Privatbetrieben betreffen, 1. nur da anwendbar sind, wo Tarifverträge bestehen, 2. nicht einseitig von den Unternehmern durchgeführt werden können und also auch nicht automatisch in Kraft treten und 3. daß eine Unternehmergruppe nicht gezwungen werden kann, unter allen Umständen bis an die äußerste Grenze des Lohndruckes zu gehen — für den durchaus unwahrscheinlichen Fall, daß eine Unternehmerorganisation existierte, die die Möglichkeiten des Lohnabbaues nicht voll ausschöpfen wollte.

Man sollte nun meinen, die kommunistische Presse würde die Gelegenheit benutzen, um die Arbeiter endlich über die Grenzen des Lohnabbaus zu unterrichten. Aber man erlebt bei der KPD. immer wieder Ueberraschungen. Die „Rote Fahne“ bemerkt zu der Erläuterung des Wolffbureaus kurz und bündig, daß der Lohnabbau somit ab 1. Januar ohne weiteres wirksam werde, ganz gleich, ob darüber verhandelt worden sei und ob die Parteien einig geworden seien oder nicht. Die „Welt am Abend“ widmet der Erläuterung, die sie aber nicht veröffentlicht, einen langen Artikel überschrieben: „Lohnabbau ohne Verhandlungen.“ Der Artikel beschränkt sich in der Hauptsache darauf, den Arbeitern und Angestellten einzureden, daß alle Löhne und Gehälter „unter allen Umständen“ ab 1. Januar um 10 oder 15 Prozent gesenkt werden.

Die Unternehmer würden sich schmunzelnd die Hände reiben, wenn sie nicht wüßten, daß die Arbeiter in Lohn- und Gehaltsfragen sich nach den Beschlüssen der Gewerkschaften richten und sich den Teufel um das Geschreibe der kommunistischen Presse kümmern.

Warum aber diese Zutreiberdienste für die Unternehmer?

Die KPD. will sich und ihrer RGO. ein Alibi verschaffen für ihre unbedingte Unterwerfung unter die Notverordnung. Wohl behauptet die KPD., sie und ihre RGO. führe. In Wirklichkeit besteht die Führung in einem ewigen Geschimpfe auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Sonst pflegt die KPD. wenigstens die „Massen“ zu „mobilisieren“, d. h. mit Aufrufen zu bombardieren. Diesmal aber wagt sie nicht einmal ihre papierenen Entschließungen loszulassen. Sie unterwirft sich vorbehaltlos und versucht überdies der Arbeiterschaft einzureden, die Unternehmer könnten und müßten den Lohnabbau diktieren. Das nennt sich „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“.

Arbeitsvermittlung und Sparkommissar

Die Angestellten gegen das Gutachten.

Die Arbeitsvermittler des Arbeitsamtes Berlin-Mitte nahmen am Montag in einer vom Betriebsrat einberufenen Versammlung im Gewerkschaftshaus zu dem Gutachten des Reichssparkommissars über die Berliner Arbeitsämter Stellung. An der gutbesuchten Versammlung nahmen die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen, sowie die Verwaltungsausschußmitglieder teil. Die Genossen Bredow, Vorsitzender des Ortsausschusses Berlin des ADGB., und Zeitz vom ZdA. beleuchteten dieses Gutachten, das ein Sammelsurium von Ueberheblichkeiten, Irrtümern und Angriffen auf die Angestellten der Berliner Arbeitsämter darstellt. Was in diesem Gutachten über die angebliche Unfähigkeit der Arbeitsvermittler zur Ausübung ihres Berufes, über die falsche Organisation der Arbeitsvermittlung in Berlin, und ähnliche Dinge gesagt wird, geht zwar auf die 400 Seiten der Denkschrift des Sparkommissars, aber auf keine Kuhhaut. Der Sparkommissar stellt die Berliner Arbeitsvermittler als die größten Trottel hin, die es überhaupt gibt.

Das Kernstück des Gutachtens ist das Kapitel über die Facharbeitervermittlung, mit der der Sparkommissar gründlich aufräumen möchte. Seine Vorschläge über die Dezentralisierung der Fachvermittlung laufen praktisch auf die Zerschlagung dieser Einrichtung hinaus, obwohl über deren Zweckmäßigkeit volle Uebereinstimmung zwischen Unternehmer-, Arbeiter- und Angestelltenvertretern herrscht. Die Verwirklichung der Vorschläge des Sparkommissars hinsichtlich der Fachvermittlung müßte sich zwangsläufig zuungunsten der zu vermittelnden Arbeitslosen auswirken und sowohl die Vermittlung der Facharbeiter als auch die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Selbstverwaltung in der Arbeitsvermittlung erschweren.

Die vom Sparkommissar vorgeschlagenen Personaleinschränkungen müßten zur Katastrophe führen. **Allein beim Arbeitsamt Berlin-Mitte sollen 176 Angestellte abgebaut werden,** davon in der Arbeitsvermittlung 63, von insgesamt 385 Angestellten. Rund 200 Angestellte sollen um 1 bis 3 Besoldungsgruppen tiefer eingestuft werden, was für eine erhebliche Zahl von Angestellten eine Kürzung ihres Einkommens um die Hälfte und teilweise noch mehr bedeuten würde.

Die Referenten sprachen die Erwartung aus, daß die Gewerkschaften aller Richtungen gegen diese ungeheuerlichen Vorschläge alles aufbieten werden, um ihre Verwirklichung zu verhindern. Die Arbeitsvermittler brachten zum Ausdruck, daß sie den Kampf der Gewerkschaften, insbesondere den Widerstand gegen die Zertrümmerung der Fachvermittlung in jeder Weise tatkräftig unterstützen werden.

Vergessene Jugend.

Kulturelle Betreuung tut not.

Wie steht es mit der kulturellen Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen? Bereits Ende November hat der ADGB. die für die Betreuung in Frage kommenden Behörden darauf aufmerksam gemacht, daß unbedingt für die notwendigen kulturellen Maßnahmen zugunsten der jugendlichen Arbeitslosen etwas geschehen muß. Das Jahr geht zu Ende, man hat aber bis jetzt noch nichts davon vernommen, ob und wie die maßgebenden Stellen die Forderung des ADGB. berücksichtigen wollen.

Die Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen nur von der beruflichen Seite her kann in einem Augenblick, wo es mit den Berufsaussichten des Nachwuchses so überaus schlecht bestellt ist, unmöglich genügen. Wenn die Erwerbslosenveranstaltungen ihren Zweck erfüllen wollen, dann müssen in ihnen berufliche Bildung und Betätigung mit Allgemeinbildung, Leibesübungen und dergleichen in engste Verbindung gebracht werden. Mit einem Wort: auch kulturelle Betreuung ist notwendig. Sie sicherzustellen ist Sache des Reichsinnenministeriums.

Für berufliche Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen, die nicht von der Reichsanstalt betreut werden, also Wohlfahrtsunterstützung beziehen, ist schon vor längerer Zeit eine Million bereitgestellt worden. Ebenso ist eine Million flott gemacht worden, damit die Jugendlichen, für die keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, auch an dem freiwilligen Arbeitsdienst teilnehmen können. Wenn wir nicht irren, war geplant, daß das Reichsinnenministerium eine Million für jugendpflegerische und kulturelle Maßnahmen zugunsten jugendlicher Erwerbsloser zur Verfügung stellt. Wann wird dieser Plan verwirklicht? Wenn der Winter vorüber ist?

Borsig schließt auch in Oberschlesien.

„Vorsorgliche“ Kündigung sämtlicher Angestellten.

Beuthen (O.-Schl.), 29. Dezember.

Nach einer Mitteilung der Verwaltung hat die Oberschlesische Borsig-Werk A.-G. sich entschlossen, sämtlichen Angestellten ihres Hüttenwerkes vorsorglich zu kündigen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß der Auftragseingang bei der Hütte in der letzten Zeit ständig zurückgegangen ist und die Aussichten für die Entwicklung des Absatzes in der nächsten Zukunft völlig unklar seien. Die Gesellschaft müsse daher für die Bemessung des Betriebsumfanges auch bei Personalausgaben völlig freie Hand haben. Die Grube und die Kokerei der Borsig-Werk A.-G. werden von dieser Maßnahme nicht betroffen.

*

Achtung, Borsig-Tegel! Heute, Mittwoch, von ½11 bis 12 Uhr Restlöhnung im Borsig-Kasino. Der Betriebsrat, Goerz.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 26. Die Daheimgebliebenen machen einen bunten Abend. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstraße. Friedel Hall bringt Ernstes und Heiteres. — **Roedring:** Schule Sonnenburger Str. 20. Bilanz 1931. — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 4 (erst um 20 Uhr). Wir rutschen ins Jahr 1932. — **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Hinter den Kulissen des Theaters. — **Schillerpark:** Jugendheim Schöningstr. 17. Jahresende bei Walter Möller. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Besprechungen zur Silvesterfahrt. — **Schöneberg:** Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Spielabend. — **Arnswalder Platz:** Gruppenheim Rastenburger Str. 14. Lustiges Jahresende.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Norden 1:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Lustiges Jahresende. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Lustiges Jahresende. — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Abend eigener Ausgestaltung: Rückblick auf das Kampfjahr 1931 — Ausblick auf unsere Aufgaben im Jahre 1932. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Boxhagener Str. 81. Aussprache: „Jugend und Kultur“. Leiter: Polemann. — **Oberspree:** Schule in Niederschöneweide, Berliner Str. 31. Lustiges Jahresende. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Lustiges Jahresende. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1–4, Ecke Kanner Straße. Jahresende, Rückblick und Ausblick. — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 134. Kurzreferate. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Lustiges Jahresende. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Leseabend. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge in Nowawes, Priesterstraße. Jahresende: Rückblick und Ausblick. — **Sportabteilung:** Zusammenkunft ab 20 Uhr zu leichtathletischen Uebungen in der städtischen Turnhalle Prinzenstraße. — Heute tagt die „Versicherungsgesellschaft Sorgenfrei A.-G.“ von 16–18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 27.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **Dr. John Schikowski;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen.